

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Gluckstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Neue Graupenstr. Nr. 5 und Neue Radenkstr. 11, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus für eintrichentlich 0,42 RM. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 RM., monatlich 1,75 RM. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 RM. Durch die Post einzal. Zustellungsgebühren 2,40 RM.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftstelefon Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Ami Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: 30.000 Meter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Verträge, Verclamungen und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Gluckstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Krach mit Rußland.

Unterbrechung der Wirtschaftsverhandlungen wegen der Verhaftung der deutschen Ingenieure.

Berlin, 15. März. (Eig. Bericht.) Amtlich wird mitgeteilt: Aus Anlaß der Verhaftung deutscher Ingenieure und Techniker im Donezgebiet ist der deutsche Botschafter in Moskau beauftragt worden, die Sowjet-Regierung um sofortige und genaue Aufklärung darüber zu bitten, welche konkreten Beschuldigungen im einzelnen gegen die Verhafteten erhoben werden, und welche Beweise für diese Beschuldigungen vorliegen. Zugleich wird in Moskau auf Grund der bestehenden Vertragsbestimmungen die Forderung gestellt, daß dem zuständigen deutschen Generalkonsul in Scharow gestattet wird, die verhafteten Reichsangehörigen zu besuchen.

Ferner hat der Reichsaussenminister den Sowjet-Botschafter in Berlin auf die Erregung hingewiesen, die der Zwischenfall in der deutschen Öffentlichkeit, namentlich in den am Wirtschaftsverkehr mit Rußland beteiligten Kreisen, hervorgerufen hat. Er hat dem Botschafter mitgeteilt, daß es infolge der durch den Zwischenfall geschaffenen Sachlage an einer der wesentlichsten Voraussetzungen für ein gedeihliches Ergebnis der zurzeit im Gange befindlichen Wirtschaftsverhandlungen fehle, und daß die Reichsregierung es deshalb für geboten halte, diese Verhandlungen bis auf weiteres auszusetzen. Die Reichsregierung hoffe jedoch, daß durch schnelle Beilegung des Zwischenfalls eine Grundlage für die baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen geschaffen werde.

Zu dem Beschluß wird uns aus Berlin geschrieben:

Die Reichsregierung hat sich am Dienstag mit der Verhaftung der deutschen Ingenieure in Sowjet-Rußland befaßt und beschloßen, die seit vier Wochen in Berlin geführten deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen abzubrechen oder, wie es in dem amtlichen Communiqué heißt, „auszusetzen“. Dieser Beschluß kommt nicht überraschend; er war ebenso berechtigt wie notwendig. Er zeigt der Sowjet-Regierung den Ernst der von ihr selbst herbeigeführten Situation und bedeutet nach unserer Kenntnis der Dinge mehr als eine politische Geste. An sich war dieser Abbruch nahezu unvermeidlich, nachdem die beteiligten deutschen Wirtschaftskreise sich gegen die Fortsetzung der deutsch-russischen Erörterungen entschieden sträubten. In der Tat konnte deren augenblickliche Zwecklosigkeit von der Sowjet-Regierung kaum besser bewiesen werden, als durch die Verhaftung deutscher Ingenieure. Der Sinn dieser Verhandlungen war schließlich, den Wirtschaftsverkehr zwischen Deutschland und Rußland in bessere Bahnen zu lenken. Statt daran im positiven Sinne mitzuarbeiten, leisteten sich die bolschewistischen Machthaber ein parteipolitisches Manöver, unter dessen Folgen letzten Endes die russische Arbeitnehmerschaft zu leiden hat.

Es bleibt zunächst abzuwarten, ob die Antwort des Reichskabinetts ihre Wirkung haben wird und die Sowjet-Regierung jetzt einlenkt. Doreist lassen die Ursachen des ganzen Manövers, die Miswirtschaft im eigenen Lande und die Unzufriedenheit der Massen mit der bolschewistischen Politik, einen verhängnisvollen Standpunkt von heute auf morgen kaum vermuten. Es kommt hinzu, daß man zwar die Führer der Opposition verbannt und zurzeit mundtot gemacht hat, ihre Anhängerjagd in Rußland selbst aber noch recht stark ist, so daß in Moskau auf den verschiedensten Gebieten das Bedürfnis empfunden wird, den oppositionellen Forderungen entgegenzukommen und ihr dadurch den Wind aus den Segeln zu nehmen. Darauf sind u. a. auch die scharfen Maßnahmen gegen die Bauern zurückzuführen, und aus den gleichen Gedankengängen ist schließlich der Vorstoß gegen die Beteiligung kommunistischer Elemente in der Industrie entstanden.

Alles das mag vom Standpunkt der bolschewistischen Demagogie aus noch verständlich sein. Aber eine vernünftige Erklärung dafür, daß Moskau diese innerpolitischen Aktionen zu einem Konflikt mit Deutschland werden ließ, gibt es einfach nicht. Auch die Sowjetregierung mußte sich letzten Endes darüber klar sein, daß dieser Konflikt nicht nur die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjet-Union belasten und nicht nur die Beteiligung der deutschen Wirtschaft an dem Wiederaufbau Rußlands erschweren würde. Sie mußte wissen, daß er sich zugleich als ein schwerer Schlag gegen die russischen Bemühungen um ausländische Hilfe zum Wiederaufbau der eigenen Wirtschaft auswirken würde. Schon jetzt läßt die KCC. in der bürgerlichen

Presse zum Beispiel durchblicken, daß sie geneigt ist, auf ihre bisherige Beteiligung an dem industriellen Wiederaufbau Rußlands wegen der Verhaftung ihrer Angestellten zu verzichten, und sich ohne Rücksicht auf die etwa entstehenden eigenen Verluste aus diesen Geschäften zurückzuziehen gedenkt. Andere deutsche Wirtschaftskreise werden diesem Beispiel im gegebenen Falle sicherlich folgen, und das Ausland dürfte aus dieser Entwicklung der deutsch-russischen Zusammenarbeit wahrscheinlich die Lehre ziehen, daß es kaum möglich ist, eine hinreichende Sicherheit für die wirtschaftliche Tätigkeit in Rußland selbst zu gewinnen. Wenn man aber weiß — und die russische Regierung in Moskau weiß das genau — daß die wirtschaftliche Mitwirkung des Auslandes beim Wiederaufbau Rußlands eine Lebensfrage für den gegenwärtigen russischen Staat bildet, erscheint es schlechterdings unverständlich, daß diese Regierung in so leichtfertiger Weise ihrer eigenen Herrschaft einen so schweren Stoß versetzen konnte. In Moskau ist seit langem der Gedanke, daß hinter allem, was der Sowjet-Union schädlich ist, die englische Hand steckt, geradezu zur fixen Idee geworden. Von diesem Gesichtspunkt aus möchte man fast sagen, daß nur englische Agitation zu dem Konflikt zwischen Deutschland und der Sowjet-Union hat führen können — wenn die Moskauer Regierung nicht selbst diesen Zwischenfall herbeigeführt oder zum mindesten gebildet hat, daß er derartige Bedeutung annehmen konnte.

Im günstigsten Falle wird die Sowjet-Regierung vielleicht angeichts der Erkenntnis des angerichteten Schadens die verantwortungslose innerpolitische Demagogie zurückdrängen und nach Möglichkeit noch gutzumachen suchen, was sie angerichtet hat. Aber die Beeinträchtigung des Vertrauens der deutschen Wirtschaftskreise in die Sowjet-Union wird kaum wieder endgültig zu beheben sein, und ebenso dürfte sich die Sowjet-Regierung mindestens bis auf weiteres alle Möglichkeiten zur Anknüpfung neuer wirtschaftlicher Verbindungen mit dem Ausland verschert haben. Ein Schaden bleibt auf diese oder jene Art auf alle Fälle zurück.

Wie der Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ aus Moskau meldet, befinden sich die verhafteten deutschen Ingenieure, wie nunmehr endlich festgestellt werden konnte, in einem Gefängnis in K o s t o w am D o n.

Im Donezgebiet sind bereits 117 Ingenieure und Techniker „als unzuverlässig“ erlassen worden.

Das Notprogramm in Gefahr?

Krach im Zentrum. — Die Arbeitervertreter rebellieren. Berlin, 15. März. (Eigener Bericht.) Die Beratungen über das Notprogramm der Reichsregierung stehen erst bevor. Sie sollen in der nächsten Woche beginnen und nach dem Wunsch der Regierung möglichst schnell beendet werden. Aber noch ehe man in die sachliche Debatte eingetreten ist, befindet sich die Reichsregierung mit ihrem Notprogramm wieder einmal in Not.

Die Opposition der Sozialdemokratie gegen die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents hat die Arbeitnehmer-abgeordneten im Zentrum rebellisch gemacht. Die Wahlen stehen vor der Tür. Die Aussichten für die Zustimmung zu einer gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichteten Politik zur Reichstagswahl gezogen werden, sind also besonders groß. Die Folge ist, daß die Arbeitnehmervertreter im Zentrum die Heraussetzung des Gefrierfleischkontingents um 20 000 auf 70 000 Tonnen fordern. Im Zentrum selbst ist es darüber bereits am Mittwoch und Donnerstag zu einer ausgedehnten und heftigen Debatte gekommen, ohne daß eine Verständigung erzielt worden wäre. Am Freitag soll der Kampf zwischen den Arbeitnehmervertretern und den Bauern innerhalb der Zentrumsfraktion forgesetzt werden.

Was dabei herauskommt, ist vorläufig noch zweifelhaft. Aber wie das Ergebnis schließlich auch sein mag: der Rebellion im Zentrumslager steht die Rebellion der Deutsch-nationalen Fraktion gegenüber. In einer parteiunabhängigen Verlautbarung läßt sie mitteilen, daß „der Versuch, den mühsam gewonnenen Ausgleich durch einseitige Zurücklegung der landwirtschaftlichen Mindestforderungen zu lösen, einer klaren und eindeutigen Ablehnung des Gesamtprogramms gleichzusetzen ist“. Es war schon immer so, daß die Deutsch-nationale Partei jeden Versuch, die Interessen der breiten Volksschichten zu vertreten, mit neuen Forderungen für die Großagrarier beantwortet hatte. Auch ihre jetzige Aktion läuft auf nichts anderes hinaus. Die Dummen bei der Geschichte werden schließlich trotzdem die Arbeitnehmer in der Zentrumsfraktion sein. Sie haben sich ihre Opposition gegen die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents zu spät überlegt, und das rächt sich jetzt.

Ende des Schulstreiks in Berlin.

Berlin, 16. März. Nach der Volksschule in der Sonnenburger Straße hatte die Elternschaft, die sich für die Erhaltung der Schule in der bisherigen Form einsetzt, eine Besammlung einberufen, um gegen den Beschluß der zuständigen Deputation erneut zu protestieren. Der Leiter der Versammlung teilte mit, daß die Kinder von Montag ab wieder am Unterricht teilnehmen werden. Sollten unerwünschte Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Behörden nicht zu befriedigendem Ergebnis führen, so würde man zu weiteren Maßnahmen greifen.

Die Verkehrsfrage in Schlesien.

Beratung im Verkehrsausschuß des Reichstages.

Berlin, 15. März. Der Verkehrsausschuß des Reichstages stellte in seiner heutigen Sitzung den Bericht über die Verkehrsfragen des Ostens fest. Von den interessierten Kreisen wurden für den Osten etwa 50 Eisenbahnprojekte mit einer Gesamtlängere von über 1200 Kilometer gefordert, die nach den Ausführungen des Berichtserstatters, Hög. Schürmann (Soj.), teilweise als Kontinuitätsprojekte aufzufassen sind. Die Baukosten einschließlich Betriebsmittel ohne Grundbesitz würden schätzungsweise 135,4 Millionen Mark betragen. Der Ausbau einiger dieser Strecken als ein- bzw. zweigleisige Hauptbahnen würde die Baukosten auf insgesamt 180 Millionen erhöhen. Weiter kämen für die Grenzmark fünf Projekte für Erschließungsbahnen mit 230 Kilometer Neubaueisenlänge und 51,4 Millionen Mark Baukosten in Betracht. Für Niederschlesien lagen sechs Projekte für Erschließungsbahnen mit 200 Kilometer Eisenlänge und 61,7 Millionen Mark Baukosten, für Oberschlesien drei Projekte mit 74,9 Kilometer Eisenlänge und 91 Millionen Mark Baukosten vor. Die für Ostpreußen zur Erweiterung bestehenden Hauptprojekte erfordern jetzt mit einer Eisenlänge von 123 Kilometer einen Baukostenbetrag von rund 50 Millionen Mark.

Zur Frage der Wasserstraßen führte der Berichtserstatter aus, daß den wichtigsten Forderungen des Ostens bereits im Etat Rechnung getragen worden sei, so beispielsweise der Verbesserung der Oder-Wasserstraße unterhalb Breslaus. Für den Bau der zweiten schlesischen Kanäle bei Breslau liegt ein Baukostenentwurf mit einem Kostenanschlag von rund 38 Millionen Mark vor. Die Einstellung der ersten Bauarbeiten für den Etat 1929 in Aussicht genommen. Weiter sei die Verbesserung der Schiffahrts- und Verhältnisse der Oder bei Glogau geplant. Der Ausbau der Wasserstraßen Ostpreußens sei während der letzten Jahre stark gefördert worden. In der Ausschlußdebatte wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Forderung der Fertigstellung des masurenischen Kanals fallen gelassen werden

müsse, da die Wirtschaftlichkeit dieser Wasserstraße stark anzuzweifeln sei. Dagegen wurde der Ausbau des Oberländischen Kanals und seine Fortführung bis Wittenberg lebhaft befürwortet.

Die vom Ausschuß angenommenen Entwürfe haben folgenden Wortlaut: Die Reichsregierung wird ersucht, zur Behebung des Verkehrs im Osten den Bau nachstehender Eisenbahnlinien schleunigt in Angriff zu nehmen:
Niederschlesien: 1. Silesia-Kamslau-Groß-Wartenberg-Neumittelwalde; 2. Fraustadt-Guhrau-Derrnswitz.
Oberschlesien: 1. Hindenburg-Beuthen, 2. Groß-Strehlitz-Schöwig-Randolzin.
Ostpreußen: 1. Neidenburg-Gilgenburg; 2. Rosenbergs-Zinten; 3. Zinten-Preußisch Eylau.

und die Durchführung folgender, der wirtschaftlichen Entwicklung des Ostens dienender Eisenbahnprojekte ebenfalls in die Wege zu leiten: 1. Euben-Schmerin, 2. Fraustadt-Bombst-Meyeritz, 3. Gumbinnen-Mawijshlen-Kaujeninglen. — Der Ausbau der östlichen Wasserstraßen ist ebenfalls als nordwärts zu behandelnd und nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel beschleunigt durchzuführen. Insbesondere ist durch Beibehaltung der Oder-Wasserstraße unterhalb Breslaus die Leistungsfähigkeit dieses für Oberschlesien bedeutenden Wasserweges zu heben. Als Maßnahme gegen die Überschwemmungen der Nege und Warthe ist eine Vertiefung der Oder vom Einfluß der Warthe abwärts notwendig. Die erforderlichen Mittel sind vom Reich zur Verfügung zu stellen. Die bekannten Vorarbeiten für die Erbauung eines Elbe-Spree-Oder-Kanals sind nachdrücklich zu fördern. Bei der Durchführung des Ostpreußenprogramms ist auf den Ausbau der östlichen Gebiete (Ostpreußen, Oberschlesien usw.) Rücksicht zu nehmen und auf die Reichsbahn dabei zu wirken, daß aus den östlichen Gebieten des Reiches geübterem Blicken auf Tarifermäßigungen Rechnung getragen wird.

Gegen die Unduldsamkeit der Kirche.

Deutliche Abjage des preussischen Unterrichtsministers im preussischen Landtag.

Berlin, 15. März. (Eigener Bericht.) Der preussische Landtag erledigte am Donnerstag zunächst eine Reihe kleinerer Vorlagen. Zu dem mündlichen Bericht des verstärkten Hauptauschusses über den Stellenplan des Hg. Ebersbach (Quat.) erstattete, sprachen die Abg. Weger-Herford (D. Sp.) und Kasper (Komm.). Der Stellenplan wurde nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen.

Es folgte die zweite und dritte Beratung eines Westharzialspertengeleges. Der Entwurf wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

In der dann fortgesetzten zweiten Lesung des Kultusetats erhielt zuerst das Wort Abg. Prelle (D. Ham.).

Hier wurde die Beratung unterbrochen, um die Bestimmungen über die zum Handels- und Gewerbeetat gestellten Anträge vorzunehmen. Angenommen wurde der sozialdemokratische Antrag, die Zahl der in der Gewerbeaufsicht als Gewerbeoberkontrolleure und Gewerbeoberkontrolleurinnen und als Gewerbekontrolleure und Gewerbekontrolleurinnen beschaffigten Beamten von 96 auf 108 zu erhöhen, und dabei zu berücksichtigen, daß bei der Besetzung dieser Stellen mit den gewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen in Verbindung zu treten ist. Angenommen wurde ferner der Zentrumsantrag, in den Lehrplänen der Frauenfachschulen, Wirtschaftsaufbau- und Wirtschaftsschulen den Religionsunterricht als obligatorisches Unterrichtsfach einzuführen gegen Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten, ferner der Hauptauschussantrag, die Steuer für das Gewerbe im Umherziehen wesentlich zu erhöhen gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Zentrum, und der Hauptauschussantrag, die öffentlichen Regiebetriebe und Werkstätten, sofern sie als Konkurrenzbetriebe gegenüber dem Handwerk und dem freien Handel zu betrachten sind, abzubauen, gegen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Die Abstimmung über die zum Etat des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten gestellten Anträge ergab unter anderem die Annahme eines Zentrumsantrages, der eine Verwaltungsreform durch Zusammenlegung nebeneinander bestehender Behörden, Vereinfachung des Instanzenwesens und Beseitigung der zahlreichen im preussischen Staatsgebiet liegenden Enklaven fordert, gegen die Stimmen der Deutschnationalen. Der deutschnationale Antrag, für die Durchführung des agrarischen Reformprogramms der Reichsregierung mit allen Kräften einzutreten, wurde ebenfalls angenommen, und zwar gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten. In namentlicher Abstimmung wurde der Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen das Staatsministerium mit 155 gegen 36 Stimmen bei 13 Stimmenthaltungen abgelehnt. Für das Mißtrauen stimmten also nur die Kommunisten, die Rechte beteiligte sich überhaupt nicht an der Abstimmung und die Wirtschaftspartei enthielt sich der Stimme.

Als nächster Redner zum Kultusetat erhielt das Wort Abg. Müller-Frankfurt (linker Komm.), der sich gegen die Reaktion in der christlichen Kirche wendete und die K.D. beschuldigte, daß sie die Kirche, z. B. durch Annahme des Motets in Meßensbuch, mit unterhöle. — Abg. Danne (Wöl.) richtete heftige Angriffe gegen Rechner und Bruno Walter. — Kultusminister Dr. Reeder vertrat sich auf die Angriffe der Abg. Frau Lehmann (Quat.) die Haltung der Preussischen Regierung zum Schulgesetz. — Abg. Backhaus (Köln) beschwerte sich über die Unterdrückung der polnischen Kinderheute.

Ministerialdirektor Rechner bezichtigte nach Erfindungen beim Provinzialkollektivium den jetzt in Berlin Schulausgeübter Elternpreis als außerordentlich bedauerlich. Er wisse den Eltern keinen Erfolg zu versprechen, denn eine vorgeschriebene Abstimmung über den Erziehungsberuf hätte eine überproportionale Mehrheit für die Sammelstellen ergeben. Darauf basierte auch der Beschluß der Schuldeputation, solche Sammelstellen einzurichten. Es sei deshalb ein außerordentlich gemagtes Mittel der Eltern, die Kinder vom Unterricht fernzuhalten. Er hoffe, daß seine Ausführungen wesentlich zur Beseitigung der fanatisierten Elternschaft beitragen; andernfalls müsse sich das Ministerium ernstlich überlegen, ob es nicht — was es allerdings gern vermeiden möchte — mit Schulstrafen vorgehen soll.

Nach den Berichten aus dem Reichstagsauschuß verteilten sich die Befennisschulen wie folgt: 64,9 Prozent des evangelischen Bevölkerungsanteils mit 64,4 Prozent der Kinder haben 69,3 Prozent der Befennisschulen mit 66,2 Prozent der Lehrkräfte; 21,3 Prozent des katholischen Bevölkerungsanteils mit 20,1 Prozent der Kinder haben 26,1 Prozent der Befennisschulen mit 23 Prozent der Lehrkräfte und 2,5 Prozent des bekenntnisfreien Bevölkerungsanteils mit 1,8 Prozent der Kinder haben 9,1 Prozent der Schulen mit 11,4 Prozent der Lehrkräfte. (Hört, hört! links.)

Dasselbe Recht auf Parität, das für die konfessionellen Kinderheute gelte, müsse auch den bekenntnisfreien Kinderheute zugesprochen werden. (Sehr wahr! links.)

Gegen die körperliche Züchtigung in der Schule sei mit dem Minister die überwiegende Mehrheit der Lehrerschaft.

Die körperliche Züchtigung sei unvereinbar mit der Arbeitsmethode der neuen Schule, unzulässig für den Lehrer und unwürdig für das Kind.

(Unruhe rechts.) Selbst Hunde dressiert man heute nicht mehr mit dem Stock. (Sehr wahr! links.) Aber auch die stockfestschlägliche Lehrerschaft würde kein gemildertes Verbot, weil daraus gefährliche strafrechtliche Folgen erwachsen könnten, unter strenge Disziplinarstrafe gestellt, würden jedoch Lehrer, die in der Schule Klagen über Kinder im ersten und zweiten Schuljahr schlugen oder wegen Unachtsamkeit oder mangelhafter Leistung zum Stock griffen.

Abg. Kleinspahn (Soz.):

Der Berliner Schulkreis ist einer der zahllosen Beweise dafür, daß bestimmte kirchliche Kreise die Schule ausnützen, um ihr politisches Machtstreben zu fördern. Der Staat ist gegenüber diesen Elementen viel zu duldsam. (Sehr wahr! links.) Auch im neuen Etat sind die Staatszuschüsse für die Kirche wieder erheblich erhöht. Das hat große Erregung nicht nur bei den Freunden hervorgeufen, die mit ihren Steuern dazu beitragen müssen, sondern auch in den christlichen Kreisen, deren Frömmigkeit nicht nur Ausschlag für schwarz-weiß-rote Reaktionspropaganda ist. (Sehr wahr! links.)

Das künftige Votum der Kirche auf ihre Unabhängigkeit und das fortwährende Bestehen am erhöhten Staatszuschüsse steht im schlimmsten Kontrast.

Bei dem Wartenbeschlusse hat man gegen unsere Stimmen den Staat um 11,3 Millionen jährlich mehr belastet. Der gegenwärtige Staatszuschuß beträgt 72 Millionen, aber er steigt von Jahr zu Jahr. Für die Sozialdemokratie ist es selbstverständlich, daß wir gegen all diese Forderungen stimmen. Wir haben dazu umso mehr Grund, als die Herren der Kirche den Ruf der Gegenwart nicht hören, sondern nur in der Vergangenheit wurzeln wollen. Was bedeuten die 200 antimilitaristischen Pfarrer gegen die übermächtige Mehrheit der Stahlhelmgeißelten? (Sehr wahr! links.) Ein Staat, der wichtigste kulturelle und soziale Forderungen zurückstellen muß, hat nach unserer Überzeugung gar nicht das Recht, gegenüber der Kirche eine so verwerfliche Freigebigkeit an den Tag zu legen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Vianeboren (Zit.) beschwerte sich über die religionsfeindlichen Karikaturen in der sozialdemokratischen Presse und trat für das Kontordat ein.

Die weitere Debatte wurde auf Freitag vertagt.

Die rechte Antwort auf die Landbundeshege.

Stettin, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Donnerstag-Sitzung des Provinziallandtages der Provinz Pommern erklärte Oberpräsident Vippmann zur Landbundeshege:

Die Agitation für die allgemeine Aktion zur Beseitigung der Noie der Landwirtschaft hat auch in Pommern sehr stark eingelebt. Ich bin weit entfernt davon, einen kleinlichen Maßstab an die Art dieser Agitation anzulegen. Ich verstehe auch vollkommen, daß die Situation großer Teile der Landwirtschaft derart ist, daß sie zu schweren Verzimmungen führen mußte. Ich verstehe weiter, daß bei solchen Rundgebungen von den Behörden Nachsicht gegen Form und Inhalt der Reden und Beschlüsse geübt werden muß. Ich kann es aber nicht verstehen, daß bei diesen Gelegenheiten systematisch gegen die preussische Staatsregierung in einer nicht zu duldenden Form und Art Paraworte erhoben werden, als ob die preussische Staatsregierung Maßregeln, die die Not der Landwirtschaft beseitigen sollen, verweigere und sabotiere. Ich glaube, für Pommern hat die preussische Staatsregierung das Gegenteil getan und volles Verständnis für die Not der Landwirtschaft bewiesen. Ich kann es auch nicht verstehen, daß in solchen Versammlungen mehr oder minder behaltene Drohungen ausgesprochen werden und zur Steuerungsverweigerung aufgefordert wird. Gerade die Landwirtschaft sollte wissen, wie wichtig Ordnung und Gehörlichkeit für die Erhaltung der Kraft des Staates, auch seiner landwirtschaftlichen Kräfte sind. Sie sollten auch nicht vergessen, daß ihre Wünsche auf Unterstützung durch die Gesamtheit ihrer Mitbürger von großen Schichten ihrer Mitbürger befriedigt werden sollen, die durch den Krieg und seine Folgen auf das allerhöchste geschädigt, ja völlig verarmt sind.

Der Oberpräsident von Pommern ist Mitglied der Deutschen Volkspartei.

Dies Braun empfängt den Landbund nicht.

Sein preussischen Ministerpräsidenten Braun hat eine Delegation des pommerischen Landbundes empfangen. Der Ministerpräsident hat sehr richtig gemerkt, daß er im Hinblick auf die mit unwahren Behauptungen gegen die preussische Regierung in der Zeitung demagogische Hege des Landbundes es ablehnen mußte, die Deputation zu empfangen.

Neuer Vorstoß Bilsudffys gegen das Parlament.

Nede Bilsudffis über die Zusammenarbeit mit dem Parlament.

Warschan, 15. März. Durch die Polnische Telegraphen-Agentur wird am 15. März über eine Versammlung von Mitgliedern der Regierungspartei bei Oberst Glawel berichtet, wobei Bilsudffis persönlich anwesend war und in einer etwa zweistündigen Rede seine Meinung über das Verhältnis von Regierung und Sejm mitteilte. Bilsudffis führte aus: er verfolge nun schon zum dritten Male eine Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Sejm zu ermöglichen. Um zu einem günstigen Ergebnis zu kommen, sei jedoch eine veränderte Einstellung des Sejms notwendig, die sich bereits bei der Wahl des Sejms nachwies. Er befürchte, daß Bilsudffis bezeichnete dabei den bisherigen Vizepremierminister Bartel als besonders geeignet für den Posten des Sejmarchalls.

Warschan, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Die nicht mißverständliche Erklärung Bilsudffis, durch die das Parlament vor die Alternative gestellt wird, entweder seinen Kandidaten zum Sejmarchall zu wählen oder auf eine neffensmäßige Tätigkeit zu verzichten, wird durch weitere Angelegenheiten, über die sich Bilsudffis hinsichtlich der künftigen Tätigkeit des Parlaments im Kreise seiner Vertrauten geäußert hat, noch wesentlich verklärt. Daraus geht unzweifelhaft deutlich hervor, daß Bilsudffis das neue Parlament in seinen wichtigsten Rechten und Privilegien beschneiden will. So verlangt er neben einer Verkürzung der Beratungszeit über den Haushalt die Abschaffung des parlamentarischen Vorkontrats und der parlamentarischen Festsetzung der Tagesordnung für die Sitzungen. Weiter soll der Staatspräsident das Recht erhalten, eine gewisse Kategorie von Angelegenheiten und Verordnungen eigenmächtig zu erledigen, ohne daß hierzu die Gegenzeichnung eines Regierungsmitgliedes notwendig sein soll. Außerdem soll der Staatspräsident auch noch in gewissen außerpolitischen Fragen weitgehende Vollmachten erhalten. Angesichts dieser Vorkerbungen dürfte schon die erste Sitzung des Parlaments zu Zusammenstößen zwischen den Abgeordneten und der Regierung führen. Wie es heißt, soll die Session nicht im Parlamentsgebäude, sondern im Schloß des Staatspräsidenten eröffnet werden.

Die Kommission gegen die Abrüstung tagt wieder.

Genf, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Die vorbereitende Abrüstungskommission ist am Donnerstag in Genf zu ihrer 5. Tagung zusammengetreten. 24 Staaten nehmen an den Sitzungen teil, darunter Rußland, die Vereinigten Staaten und die Türkei, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind. Wieder die Tagesordnung nach der Verlauf der ersten Sitzung lassen hoffen, daß man zu praktischen Ergebnissen kommen wird. Am Freitag nachmittag soll der erste Tagesordnungspunkt, Bericht der Sicherheitskommission, behandelt werden. Da die Sicherheitskommission selbst vorgelegt hat, ihre Musterverträge als einer zweiten Lesung zu unterziehen und sie dann an die Völkerbundsversammlung zu geben, dürfte dieser Punkt mit einigen freundlichen Komplimenten für die Sicherheitskommission abgetan werden, wenn nicht die Gegner einer sofortigen Abrüstung die Gelegenheit benutzen, darauf hinzuweisen, daß die Sicherheitskommission noch nicht fertig sei und inselgedessen die Abrüstungskommission nicht weiter arbeiten könne.

Der russische Abrüstungsvorschlag widerspricht fast allen Vorbehalten, die namentlich die Großmächte mit Ausnahme Deutschlands bisher gemacht haben. Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, daß bei diesem Tagesordnungspunkt eine sehr scharfe aber unfruchtbare Debatte erfolgt. Der Abrüstungsplan der Kommission wird erst am kommenden Montag behandelt werden, da die Türkei in der Eröffnungsung hat, bis zum Erscheinen ihres Außenministers zu warten. Borek stehen sich hier nach wie vor Frankreich und England in der Frage der Flottenabrüstung, Frankreich und Deutschland in der Frage der Rekruten und des Kriegsmaterials scharf gegenüber, während Italien, Japan und die verschiedenen anderen Staaten gleichfalls bei wichtigen Punkten Vorbehalte angemeldet haben.

In der ersten Sitzung meldete der deutsche Vertreter Graf Bernstorff einen wichtigen deutschen Antrag an, der auf eine vollständige Veröffentlichung aller Abrüstungsmaßnahmen auf Grund des § 8 des Völkerbundes hinzielt. Während bisher im Militärjahren des Völkerbundes die einzelnen Staaten nach eigenem Belieben dürftige Angaben über ihre Rüstungen machen konnten, verlangt der deutsche Vorschlag, daß, wie es der § 8 vorschreibt, genaue Angaben über deren Stärke, Rekruten, Bewaffnung und Lagerndes Kriegsmaterial, Rüstungsprobleme und Kriegsindustrie gemacht werden. Leider besteht keine Aussicht, daß die Staaten dem deutschen Antrag folgen werden und ihre Karten vollständig aufdecken.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Rolf-Verlag G. & H. Berlin W. 30.

(Nachdruck verboten.)

Er war ausgezogen und kam den Strand heraus. Sein Gesicht war ebenso rund wie der Ballmond, der auf seine Wangen schien. Er hatte rot und gesund ausgesehen und nur noch das schweißene Unterband an. Er schaute nicht. Bei dieser Furchenlinie war man immer trauer. Man konnte sich unter eine Lampe setzen, ganz ruhig sitzen und was lesen in ruhigen Augenblick wieder zellig werden.

„Holla, Bern!“ rief Herr Koh und sagte: „Wie geht's, Herr Roscoe?“ Er hat darauf bedacht, nicht die Lage des Mannes zu sehen, denn der Herr durch seinen gemäßigten Stoff aus die Knochen handeln. Einst war er in Michigan Kinder-People gewesen, und es wurde von ihm erzählt, daß er einmal einen amerikanischen Präsidenten mit beiden Händen gepackt und nach Hause gebracht hatte, bis der Mann ergriffen schreien war. Das seiner Schwelger bezeugt er noch immer die alle Kraft.

„Sag mir die Höhe,“ kommst du zu dem Herrn Roscoe.“ „Ja, ich bin nicht hier.“

„Sie müssen bleiben. Ich lasse auf dem Berg-Hill nichts mehr stehen, als Sie alles kühnig haben. Sie gehen Sie auf Sie.“

„Ich bin Sie gekommen?“ Ja, Roscoe.“ „Dage Bern richte er zu der Reparatur, der grünen im Innern.“ „Nun?“ Er hat ein Glas, ein Glas, ein Glas. „Ich habe welches im Kopf mit, nicht nicht verstehen. Haben Sie den Herr O'Reilly gesehen?“ Der verheiratete Mann schaute, mit einer Art Wohlgefallen im Kopf über die Frage zu hören. Der Herr O'Reilly hat ein halbes Dutzend in seinen grünen Herrschel. Koh hat einen für den Herr Roscoe.“

„Sichers tride ich einander hat.“ „Dage Bern hatte Bern den Herr ausgezogen, der jetzt hier hoch stehen.“

„Nun?“ „Ich bin Sie gekommen?“ „Ja, Roscoe.“ „Dage Bern richte er zu der Reparatur, der grünen im Innern.“ „Nun?“ Er hat ein Glas, ein Glas, ein Glas. „Ich habe welches im Kopf mit, nicht nicht verstehen. Haben Sie den Herr O'Reilly gesehen?“ Der verheiratete Mann schaute, mit einer Art Wohlgefallen im Kopf über die Frage zu hören. Der Herr O'Reilly hat ein halbes Dutzend in seinen grünen Herrschel. Koh hat einen für den Herr Roscoe.“

„Sag mir die Höhe,“ kommst du zu dem Herrn Roscoe.“ „Ja, ich bin nicht hier.“

„Sie müssen bleiben. Ich lasse auf dem Berg-Hill nichts mehr stehen, als Sie alles kühnig haben. Sie gehen Sie auf Sie.“

„Ich bin Sie gekommen?“ Ja, Roscoe.“ „Dage Bern richte er zu der Reparatur, der grünen im Innern.“ „Nun?“ Er hat ein Glas, ein Glas, ein Glas. „Ich habe welches im Kopf mit, nicht nicht verstehen. Haben Sie den Herr O'Reilly gesehen?“ Der verheiratete Mann schaute, mit einer Art Wohlgefallen im Kopf über die Frage zu hören. Der Herr O'Reilly hat ein halbes Dutzend in seinen grünen Herrschel. Koh hat einen für den Herr Roscoe.“

„Sichers tride ich einander hat.“ „Dage Bern hatte Bern den Herr ausgezogen, der jetzt hier hoch stehen.“

„Nun?“ „Ich bin Sie gekommen?“ „Ja, Roscoe.“ „Dage Bern richte er zu der Reparatur, der grünen im Innern.“ „Nun?“ Er hat ein Glas, ein Glas, ein Glas. „Ich habe welches im Kopf mit, nicht nicht verstehen. Haben Sie den Herr O'Reilly gesehen?“ Der verheiratete Mann schaute, mit einer Art Wohlgefallen im Kopf über die Frage zu hören. Der Herr O'Reilly hat ein halbes Dutzend in seinen grünen Herrschel. Koh hat einen für den Herr Roscoe.“

„Sag mir die Höhe,“ kommst du zu dem Herrn Roscoe.“ „Ja, ich bin nicht hier.“

„Sie müssen bleiben. Ich lasse auf dem Berg-Hill nichts mehr stehen, als Sie alles kühnig haben. Sie gehen Sie auf Sie.“

„Ich bin Sie gekommen?“ Ja, Roscoe.“ „Dage Bern richte er zu der Reparatur, der grünen im Innern.“ „Nun?“ Er hat ein Glas, ein Glas, ein Glas. „Ich habe welches im Kopf mit, nicht nicht verstehen. Haben Sie den Herr O'Reilly gesehen?“ Der verheiratete Mann schaute, mit einer Art Wohlgefallen im Kopf über die Frage zu hören. Der Herr O'Reilly hat ein halbes Dutzend in seinen grünen Herrschel. Koh hat einen für den Herr Roscoe.“

die vom Fuchboden bis zur Decke reichte. Sie hörten in den Boden ein Loch für ein Rohr, dann hielten sie aus den Fuchsboden etwa eine halbe Tonne gerhartes Eis und zwei Eide Gaf, und wenige Augenblicke später zeigte das Thermometer, daß aus dem Boden der Riste ein eisalter Wind blies. Der große Mann löste sich ganz nahe an den Küster, nach einer Weile feuerte er befriedigt, und eine halbe Stunde später nickte er: „Hatschi!, worüber alle lachten.“

Das viele Bier hatte ihn schläfrig gemacht, er döste auf dem Sofa ein. Herr Koh inspizierte mittlerweile die Bohrstellen. Nach dem Mittagessen schlief Herr Roscoe abermals. Als er aufwachte, fühlte er sich äußerst wohl, redete viel, und Sunny lernte wieder einmal allerlei über die Welt, in der er lebte. „Jim!“ sprach der Magnat, „ich möchte von Ihnen zweihunderttausend Dollars haben.“

„Wo ist Ihre Mine?“ erkundigte sich Herr Koh liebenswürdig.

„Sie werden es doppelt und dreifach zurückerhalten. Es handelt sich um einen kleinen Fonds, den Peter O'Reilly, Fred O'Ryan und ich zusammenbringen wollen. Wir können aber nur mit wenig Renten darüber sprechen.“

„Worum handelt es sich, Bern?“

„Wir bereiten uns auf die Wahlen zur Republikanischen Konvent vor, und bei Gott, diesmal kommt kein gottverdammter jämmerlicher langschädiger Universitätsprofessor an die Reihe, sondern ein Mann mit einem runden Kopf, wie Sie und ich, Jim.“

„Ich werde nach Chicago fahren und einen anschauen.“

„Denken Sie an jemand Bestimmten?“

„Ich verhandle mit einem Kerl aus Ohio, mit Barnes Frodman, der dort Führer der Partei ist. Er will, daß wir den Senator Harding nehmen. Der ist ein großer, gut aussehender Mann, guter Redner und so weiter. Späher glaubt, daß man ihn für drei bis vier Millionen haben kann. Er würde sich verpflichten, uns das Ministerium des Innern zu überlassen.“

„Ich verstehe.“ Herr Koh braucht nicht zu fragen, was das bedeutet.

„Seit zehn Jahren halte ich ein Gebiet im Auge, etwas Wundervolles. Die Erzherzog Petag hat dort zwei Probenquell gefunden. Dann wurde die Sache ruhiger, aber wieder vertaht. Gegenüber Regierungsbericht besahe sich damit, er wurde gebohrt, und es gibt keine Kopie mehr. Ich ließ eine der besten für mich hehlen. Ungefähr vierzigtausend Acres, a la Petroleum.“

Renegaten.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ schreibt:

Die Sozialdemokratische Partei schied sich an, eine entsetzliche Wahlkatastrophe gegen den Bürgerblock zu schlagen. Sie spaltete die Arbeiterklasse durch das Treiben der Kommunisten. In diesem Nihilismus verlor sich eine kleine Gruppe, die sich auch sozialistisch äußerte, weitere Zersplitterung in die Reihen der Arbeiterklasse zu vermeiden. Die sogenannten Altsozialisten, die Partei des Reichstagspräsidenten Heide und des Oberlandmannes Niedlich trägt sich mit der Absicht, im Reich eigene Kandidaturen für die kommende Reichstagswahl aufzustellen.

Die Splittlergruppe wird im Reich schwerlich so viel Stimmen einfahren, wie einst im Jahre 1926 bei der sächsischen Landtagswahl, und das waren herzlich wenig, noch nicht ganz 100.000. Man könnte mit Mäkeljuden über diesen Versuch zur Tagesordnung übergehen. Eine Splittlerpartei im Reich mehr, was schlägt das schon — wenn nicht um des Namens willen, den diese Gruppe führt und um ihrer Herkunft willen ein Wort der Unterstützung gelagt werden müßte.

Diese Gruppe, deren Kern bei ihrer Gründung aus guten Sozialdemokraten bestand, hat im Jahre 1926 faktischer Meinungsverschiedenheiten über das Regierungsproblem in Sachsen willen die sächsische Sozialdemokratie gespalten, die Arbeiterklasse zersplittert, die Position des Proletariats geschwächt und den Vormarsch der Sozialdemokratie gegenüber dem zersplitterten reaktionären Bürgertum in Sachsen gehemmt. Es soll heute nicht gerechelt werden über das, was damals war, über die Auseinandersetzungen zwischen kalter politischer Rechnung ohne Rücksicht auf berechtigte Stimmungen der Massen auf der einen, und leidenschaftlichen politischen Ressentiment auf der anderen Seite. Die Taten der altsozialistischen Gruppe seit dem Herbst 1926 bis auf den heutigen Tag haben gezeigt, welche politischen Ziele diese Splittlerpartei trägt.

Die führenden Männer dieser Gruppe sind zur selben Zeit als der Bürgerblock im Reich in den Sattel gehoben worden, in Sachsen eine Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien bis zu den Deutschnationalen eingegangen. Diese Regierung trägt in ihrer Zusammensetzung, noch mehr in ihrer politischen Wirksamkeit, die Züge eines echten Bürgerblocks. Sie ist eine Filiale des Bürgerblocks im Reich. Der kleinliche Interessententstandpunkt und der Kastengeist des sächsischen Bürgertums triumphiert in der sächsischen Politik. Die Regierung ist völlig zerfahren, innerlich zusammenhanglos. Die reaktionäre Bürokratie aus der Zeit der Monarchie ist wieder in den Sattel gehoben und regiert, während ohnmächtige und unfähige Minister das Anhängelschild dafür abgeben. Eine gewaltige Anspannung von deutschnationalen und sonstigen reaktionären Kräften hat sich unter der Herrschaft dieses Bürgerblocks in Verwaltung und Justiz in Sachsen vollzogen.

Mit dieser Entwicklung hat sich das politische Gesicht der altsozialistischen Gruppe gewandelt. Die geistige Führung ist völlig an den Redakteur des altsozialistischen Parteiblattes Ernst Niedlich übergegangen, dessen Zeitschrift „Der Widerstand“ inzwischen zum offiziellen Organ des Bundes „Oberland“ bestimmt worden ist. Von den Nationalsozialistischen Hiltlertler Brüder trennt Niedlich und die Seinen nur sehr wenig. Der Nationalismus, den er der Arbeiterklasse lehren will, ist ein Nationalismus besonderer Prägung, es ist sozusagen eine Art Phöbus-Nationalismus, jene romanisch unpolitische, reaktionäre Haltung, die in den Lohmann-Gründungen, in den Zeitfreiwilligen- und Schwarze Reichswehr-Experimenten zum Ausdruck gekommen ist.

Alle Sozialdemokraten, die sich im Jahre 1926 zu den Altsozialisten bekannt haben, sind von dieser Entwicklung vollständig in den Hintergrund gedrängt worden. Was haben sie in dieser Gruppe noch für politische Perspektiven? Sie sind heute Bundesgenossen der Stahlhelmeute und der Panzerkreuzler; die Arbeiterklasse, die sich gegen den Bürgerblock zur Wehr setzt, sieht ihre Splittlergruppe mit Enttäufung und Verachtung, ihre Verdienste um die Sozialdemokratie aus alter Zeit gehen unter in der Schande der Gruppe, der sie heute angehört. Sie sind Wanderer ins Nichts. Die Leute freilich, die den Kurs dieser Gruppe bestimmen, haben eine politische Perspektive: den Weg zu Stahlhelm und Nationalsozialismus. Auf diesem Weg geht es unaufhaltsam weiter. Kandidatenaussstellung bei der Reichstagswahl im ganzen Reich geplant. Gründung von Splittlergruppen in einzelnen großen Städten. Beitritt des Kampfbundes Winzig und seines Freundes Bernhard Rauch zur Altsozialistischen Partei. Erklärung des Reichsbanners, daß die Altsozialistische Partei nicht mehr als Republikanische Partei angesehen werden könne. Übertritt des Nationalsozialisten und Sekretärs des Pommerischen Landbundes, des preußischen Landtagsabgeordneten Kaiser-Ankum zur Altsozialistischen Partei. Gemeinsame Versammlung der Altsozialisten und des Stahlhelms in Berlin. Ernst Niedlich spricht unter dem Schutz des Stahlhelms. Auf diesem Wege ist kein Zurück.

Diese Gruppe hat keine Berührungspunkte mit der Arbeiterklasse mehr. Die sächsische Bürgerblockregierung, deren Ministerpräsident der Altsozialist Heide ist, hat im Reichsrat keinerlei den Schielischen Zolplänen zugestimmt. Die Regierung des Landes, dessen Arbeiterklasse zur Armisten in Deutschland gehört, hat der Erhöhung des Kartellpreises des Reichs zugestimmt. Sie sieht ihre Aufgabe darin, die Reichspolitik des Bürgerblocks zu unterstützen. Sie hat sich im Reichsrat für den Bau des Panzerkreuzers A eingesetzt. Ihr Ministerpräsident Heide hat dem preußischen Ministerpräsidenten Braun vorgeworfen, er habe sich gegen den Bau eines Panzerkreuzers nicht aus sachlichen Gründen eingesetzt, sondern nur, um der Reichsregierung Schwierigkeiten zu bereiten. Er hat es für nötig gehalten, Otto Braun Verhörungen über staatsmännischen Ernst und die Pflichten eines Staatsmannes erteilen zu wollen. Seine geistige Abhängigkeit von dem Oberlandmann Niedlich konnte nicht besser zum Ausdruck gebracht werden.

Wenn die Altsozialisten als Splittlerpartei bei den kommenden Reichstagswahlen auftreten wollen, so wird die Sozialdemokratie der Arbeiterklasse das wahre Gesicht dieser Gruppe zeigen: das Gesicht einer Hiltlertler Gruppe der Bürgerblockpolitik. Was ist den Altsozialisten vom Sozialismus noch geblieben? Nur ein Name. Über ebenjenes wie die Nationalsozialistischen Hiltlertler Brüder als Verwandler der Sozialdemokratie angesehen werden können, ebenso werden die Nationalsozialistischen Niedlich-Heideler Brüder. Senering hat in diesen Tagen mit scharfen, aber treffenden Worten das Wesen dieser Gruppe aufgezeigt: „Altsozialist — das heißt heute noch Renegatentum und Nationalsozialismus!“
Ihr Name ist eine Täuschung.

Ganz wie bei uns.

Der rechtsstehende Student hat einen Pariser Professor. In Paris haben kommunistische Studenten einen vom Unterrichtsminister Herriot ernannten Professor der Rechte, dessen politische Ansichten ihnen nicht gefallen, während der Vorlesung unterbrochen. Vor einigen Tagen hatten sie sich damit begnügt, zu lächeln. Am Donnerstag erwarteten sie ein Bombenattentat mit Dragen und lärmten mit Pfeifen und Fahnen. Der Professor konnte nicht sprechen, obwohl der Delegation zugewandt war. Er gab dann außerhalb der Universität noch Zusammenkünfte, bei denen mehrere Studenten verletzt wurden.

Der Reichsrat bestätigt den Austausch zwischen Sachsen und Thüringen.

Berlin, 15. März. (Eigener Bericht.) Der Reichsrat nahm am Donnerstag einen Gesetzentwurf an, durch den erstens der Artikel 18 der Reichsverfassung der zwischen Sachsen und Thüringen vereinbarte Austausch von Enklaven und Exklaven reichsgesetzlich sanktioniert wird.

Die Reichswehrverschwendung beschlossen.

Alle Streichungsanträge abgelehnt. Es wird in der Reichswehr weiter geloggt.

Berlin, 15. März. (Eigener Bericht.) Die zweite Beratung des Reichswehr-Etats wird fortgesetzt. — Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister eingegangen. Abg. Dr. Grebe (Mittl. Soz.) führt aus, das Wehrministerium und das auswärtige Amt nähmen insofern eine Sonderstellung ein, als sie nicht in dem Umfang wie andere Ressorts dem Parlament vollen Einblick in alle Einzelheiten gewähren können. Darum bedürfte das Wehrministerium mehr noch als ein anderes Ministerium des Vertrauens des Reichstags. Die vom Minister für den Panzerkreuzer gegebene Begründung sei ganz anders gemeint als die erste im Ausschuss. Früher sei auch im Ausschuss von den Vertretern des Ministeriums immer auseinandergesetzt worden, warum die Panzer unentbehrlich seien. Jetzt höre man plötzlich, daß die Panzer längst abgeschafft seien. In einem künftigen Krieg würden ganz andere Waffen verwendet werden als im Weltkrieg, ganz andere Waffen auch, als sie unsere kleine Reichswehr habe.

Abg. Schneller (Komm.) führt in der Phöbus-Affäre und anderen Angelegenheiten den Beweis dafür, daß mit Zustimmung der Entente das deutsche Reichswehrministerium an der Ausführung arbeite mit dem Ziel des großen Überfalls der kapitalistischen Völkerbundsmächte auf das proletarische Sowjet-Rußland.

Abg. Straßer (Natio.): Die Deutschnationalen seien jetzt schon mit den Sozialdemokraten in einer politischen Einheitsfront. Die Nationalsozialisten dagegen seien bewußte Militaristen, weil sie Nationalisten und Sozialisten seien. Der Verfall der Dames-Verträge verhindere den Befreiungskampf des deutschen Proletariats. Die Reichswehr müsse die Grundlage des kommenden deutschen Volksherees sein. Der Reichswehrminister Dr. Stresemann habe bei seiner Zusammenarbeit mit Briand bewußten Landesverrat getrieben. — Präsident Lohde erteilt dem Abg. Straßer einen Ordnungsruf. Die Nationalsozialisten würden mit den Kommunisten gegen das Ministerium und für den Mißtrauensantrag stimmen.

Abg. Henning (Völk.) schließt sich in vielen Punkten dem deutschnationalen Redner an.

Abg. Henze (Chr. Nat. Bauernpartei) verlangt in einer kurzen Erklärung die Ausgestaltung der Reichswehr zu einem wirksamen Verteidigungsinstrument des Reiches.

Reichswehrminister Groener:

Ich muß daran festhalten, daß nur nach dem erfolgreichen Besuch einer Waffenruhe jemand zum Offizier gemacht werden kann. Die Vorbildung muß entscheidend sein, nicht die gesellschaftliche Stellung. Die materielle Not der jungen Offiziere wird von uns mit Aufmerksamkeit beachtet und wir bemühen uns, sie abzustellen. Ohne Abiturium sind im letzten Jahre 12 Prozent der Gesamtzahl Offiziere geworden.

Der Minister geht dann auf einige vom Abg. Künstler (Soz.) angeführte Einzelfälle ein und trägt Vernehmungsprotokolle vor, die der Darstellung des Abg. Künstler widersprechen. (Aufe links: „Sie werden angeklagt!“ — Auf rechts: „Kennen Sie doch die Namen Ihrer Zeugen!“ — Auf links: „Dann werden die auch eingesperrt!“) Als Hauptursache der zahlreichen Selbstmorde in der Reichswehr bezeichnet der Minister den Zwang zur zwölfjährigen Dienstzeit. Dieses uns durch den Versailles-Vertrag aufgezwungene menschenunwürdige System trage die Schuld an der Zerstörung mancher jungen Menschenleben. Auf die Frage des Abg. Dr. Haas antwortet der Minister, der Präsident des Kampfbundes, General von Horn biete die Gewähr für die Durchführung der von ihm vertretenen verfassungstreuen Grundzüge.

Abg. Lude (Mittl. Soz.): In erster Linie gebühre den alten Unteroffizieren der Dank für die gute Ausbildung der Reichswehr. Die Verlosung der auscheidenden Reichswehrgenossen müsse verbessert werden.

Abg. Künstler (Soz.) hält dem Minister gegenüber seine Angaben über die Zustände in der Braunschweiger Reichswehr aufrecht und erwidert, Zeugen für die Richtigkeit seiner Darstellung zu benennen. — Damit schließt die Aussprache.

Der kommunistische Antrag auf Streichung des Ministergehalts und der kommunistische Mißtrauensantrag werden gegen die Antragsteller und die völkischen Gruppen abgelehnt. — Die Ausschuss-Entschlüsse werden angenommen. — Die sozialdemokratischen Streichungsanträge werden gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. — Der Etat des Landheeres wird bewilligt.

Um 16¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag.

Während der Rede des Abg. Straßer machte sich auf der Tribüne ein Mann durch den Juchstengruß und durch andere äußerliche Geistes in einer Weise bemerkbar, daß man erst glaubte, es sei ein verrückter Eingebrodener. Es ergab sich aber später, daß es sich nur um einen Gefinnungsfreund des Herrn Straßer, nämlich den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Haas handelt. Reichstagspräsident Lohde ließ den Mann durch Diener aus dem Hause hinausweisen.

Keine Kandidatur Koste.

Im Wahlkreis Weser-Ems sind als Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei zum Reichstag der bisherige Reichstagsabgeordnete Tempel und der Gewerkschaftssekretär Haas aufgestellt worden. Eine Reichstagskandidatur des Oberpräsidenten Koste ist dadurch gegenstandslos geworden.

Um die neue Reichsamnestie.

Berlin, 18. März. (Eig. Bericht.) Der vom Rechtsauschuß zur Beratung des Amnestiegesetzes eingeleitete Unteranspruch nahm heute die Erklärungen der Regierungsvertreter zu einer Amnestievorlage entgegen. Nach einer Zusammenstellung des Reichsjustizministeriums befinden sich auf Grund von Urteilen von Verurteilten des Reiches noch 224 Personen im Justizhaus oder im Gefängnis, unter ihnen außer den Kommunisten zwei wegen Beihilfe zur Ermordung Kaiserhaus und fünf wegen Gememord Verurteilte. Die Einföhrung schwebender Verfahren würde die Prozesse gegen die Mitglieder der Zentrale der KPD. und gegen 50 ins Ausland geflüchtete Personen erledigen.

Fast alle Vertreter der einzelnen Länder erklärten, daß eine Amnestie, die sich auch auf Urteile erstreckt, die von Rundergeordneten gefällt seien, eine Verletzung der Justizhoheit des einzelnen Freistaates bedeuten würde. Gegen eine neue Amnestie sprachen sich überhaupt aus: Preußen, Württemberg, Thüringen, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin. Besonders energisch ergab gegen eine neue Amnestie der badische Vertreter Einspruch, da dann auch die Erbsberger-Mörder freigelassen werden müßten und Mecklenburg-Schwerin, weil dort acht Fälle von Gememord von der Amnestie betroffen werden.

Die einzelnen Länder gaben ferner jahresmäßige Ueberblicken über die bei ihnen teils schon abgeurteilten, teils noch schwebenden Fälle, in denen es sich um politische Verbrechen oder Verbrechen handelte.

Der Unterausschuß beschloß alsdann, die Mitteilungen der Ländervertreter dem Rechtsauschuß vorzulegen und diesem die Entscheidung vorzubehalten.
Dr. Rosenfeld (Soz.) richtete an den Reichsjustizminister die Forderung, daß zu jenen, die während des Schwabens der Verhandlungen über das Amnestiegesetz Vollstreckungen auf Grund der Urteile unterblieben, welche durch das Amnestiegesetz befristet

werden würden. Justizminister Herzog sagte zu, in den Fällen, in denen nicht gerade ein heimliches Sichentziehen von der Strafverhütung vorliege, dem Wunsche des Abg. Rosenfeld zu entsprechen.

Um die Ehereform.

Im Rechtsauschuß des Reichstages entspann sich am Mittwoch eine längere Aussprache über den Abschluß des neuen § 1568a, nach dem jeder Ehegatte auf Scheidung klagen kann, wenn die Ehegatten im beiderseitigen Einverständnis mindestens fünf Jahre zueinander getraut voneinander gelebt haben. Wenn diese Voraussetzungen zur Zeit der Erhebung der Klage vorliegen, kann die Scheidung auf Grund der §§ 1565 bis 1568 nicht begehrt werden. Abg. Dr. Ullers (Dem.) hatte hierzu einen Änderungsantrag gestellt, um eine Erleichterung der Ehescheidung zu ermöglichen in den Fällen, in welchen der Ehemann in einer an Lebensbedrohung grenzenden Weise Frau und Kinder drangalierte und mißhandelte.

Von Rednern anderer Fraktionen, der Volkspartei und des Zentrums, wurde der Antragsteller entgegengesetzt, daß das geltende Ehescheidungsrecht und besonders der vom Ausschuss beabsichtigte Abf. 1 des § 1568a die Scheidung solcher Ehen ermöglichen.

Der demokratische Änderungsantrag wurde ebenso wie der Abf. 2 abgelehnt. Angenommen wurde Abf. 4 in folgender Fassung: „Die Scheidung wird in allen Fällen erst ausgesprochen, wenn die Ehegatten sich über ihre gegenseitige Unterhaltspflicht und über die Sorge für die Person der gemeinsamen Kinder geeinigt haben. Kommt die Vereinbarung nicht zustande, so wird die Regelung durch das Urteil erfolgt.“

Der § 1569 des Bürgerlichen Gesetzbuches soll wie folgt abgeändert werden: „Eine Ehegatte kann auf Scheidung klagen, wenn durch eine Geisteskrankheit des anderen Ehegatten eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses eingetreten ist, daß dem Ehegatten die Fortsetzung der Ehe nicht zugemutet werden kann.“ — Schließlich wurde noch folgende Ueberleitungsbestimmung angenommen: „Wird in der Revisionsinstanz die Scheidung aufgrund der Vorschriften dieses Gesetzes beantragt, so hat das Revisionsgericht die Sache unter Aufhebung des angefochtenen Urteils in die Vorinstanz zurückzuverweisen.“ Ein deutschnationaler Antrag, der das Recht auf Ehescheidung zu klagen, von der Erreichung eines bestimmten Lebensalters abhängig machen wollte, wurde abgelehnt.

Zum Attentat in Paris.

Der Ermordete ein Epizel Mussolinis.

Paris, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Monarch dem italienischen Faschisten Savorelli beleuchtet wieder einmal die Methoden, auf denen Mussolinis Herrschaft beruht. Den Abendblättern von Donnerstag zufolge hat der Ermordete, der früher einmal Anarchist und erst später Antifaschist war, in letzter Zeit als Spion in den Diensten der italienischen Regierung gestanden. Die Ursache seiner politischen Wende soll die Heirat mit einer Lehrerin in Ravenna gewesen sein, deren Stellung und Grundbesitz durch die Ehe mit einem Faschistengegner bedroht waren.

Paris, 16. März. (Eigener Funfbericht.)

Die Ermordung des italienischen Faschisten Savorelli in Paris soll bereits eine rechtliche Aufklärung gefunden haben. Was die Polizei aber über den Mörder und seine Beweggründe mitteilt, ist eine so verwickelte romanhafte Geschichte, wie sie nicht einmal im schlimmsten Schundroman vorkommt. Savorelli soll danach früher einer anarchistischen Vereinigung angehört haben. Weil er aber wieder nach Italien zu Frau und Kind zurückkehren wollte, sei er zum Faschismus übergetreten. Die anarchistische Vereinigung habe früher einmal ein Attentat gegen den Bruder Mussolinis unternommen. Ein Lehrer namens Berneri habe damals den Auftrag erhalten, den Attentätern eine Belohnung von 5000 Franken auszuzahlen. Er habe aber von dieser Summe 4000 Franken für sich selbst behalten. Die Attentatgeschichte sei dann später der Pariser Polizei durch einen ausführlichen Epizelbericht bekanntgeworden. Der Lehrer, der sich durch seine Unterdrückung besonders beunruhigt fühlte, habe als Verfasser des Berichtes Savorelli in Verdacht gehabt und habe ihn deshalb getötet.

Poincaré in Verlegenheit.

Ein faules Kompromiß in der Frage der Freilassung der Kommunisten.

Paris, 16. März. (Eigener Funfbericht.)

Drei Stunden lang hat das Kabinett Poincaré heute nacht darüber beraten, ob die verhafteten kommunistischen Abgeordneten mit der Auflösung der Kammer freigelassen werden sollen oder nicht. Es konnte aber trotzdem keine Einigung erzielt werden. Es begnügt sich dabei, mit dem Verlegenheitskompromiß in der heutigen Kammerberatung gegen den Freilassungsantrag des radikalen Abgeordneten Daladier die geschäftsordnungsmäßige Vorfrage zu stellen. Diese Vorfrage, die dazu dient, eine Entscheidung in der Kammer herbeizuführen, ob sie über ein Problem diskutieren will oder nicht, soll im vorliegenden Falle benutzt werden, um die zu erwartende kommunistische Debatte von vornherein abzuwürgen. Die Entscheidung des Kabinetts zeigt deutlich, daß die Regierung keine klare Stellungnahme finden kann und daß sie daher eine öffentliche Erklärung vor der Kammer vermeiden will.

Diese Absicht wird noch deutlicher durch den zweiten Beschluß des nächsten Ministerrats, die Kammer schon heute abend erst unter Zuhilfenahme einer Nachsitzung aufzulösen. Sollten sich die Ereignisse wirklich nach den Wünschen der Regierung entwickeln, dann hätte sich das Kabinett die Möglichkeit offen gelassen, erst später, falls es die Opposition Herriot und der Landwirtschaftsminister nicht anders zuläßt, daß noch eine Teilbegnadigung der Kommunisten aus eigenem Antrieb vorzunehmen.

Auch Baldwin scheut die Wahrheit.

Er will nur eine beschränkte Untersuchung der Angelegenheit des Sinowjewbriefes zulassen.

London, 15. März. (Eigener Bericht.) Die Arbeiterpartei wird dem Unterhaus in den nächsten Tagen einen Antrag unterbreiten, in dem unter Hinweis auf gewisse Mitteilungen über die Spekulation des ehemaligen Unterstaatssekretärs Gregorin und mit Rücksicht auf die große politische Bedeutung der Verhältnisse die Sinowjewbriefes die Einsetzung einer Untersuchungskommission gefordert wird. Die Kommission soll das Recht haben, unter Eid zu vernehmen. Der Antrag trägt unter anderem die Unterchriften von MacDonald und Henderson. Die Regierung wird die Herberung der Arbeiterpartei wahrscheinlich ablehnen und die Untersuchung einem kleinen parlamentarischen Komitee übertragen.

Kommunistenverhaftungen in Tokio.

London, 15. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus Tokio gemeldet wird, fanden am Donnerstag in Japan Massenverhaftungen von Kommunisten statt. Die Polizei Tokio besetzte das Hauptquartier der kommunistischen Partei sowie die Redaktion einer kommunistischen Zeitung. In Tokio allein wurden 80 Kommunisten verhaftet, darunter auch Professor Oyama, der Führer des linken Flügels der japanischen Bauernbewegung. Die Aktion der Polizei soll im Zusammenhang mit der gegen die gegenwärtige Regierungsform gerichteten kommunistischen Agitation während der jüngsten Reichstags

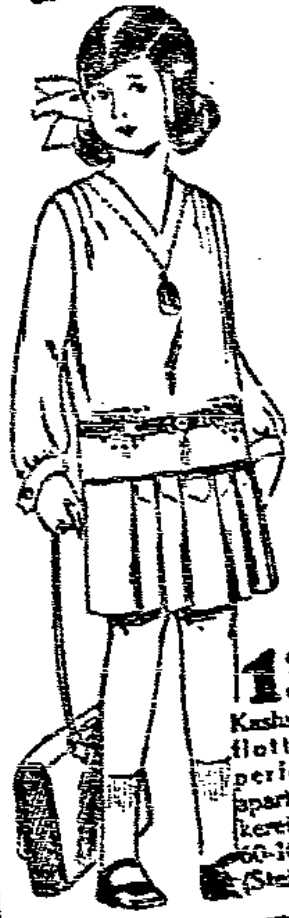
KINDERWOCHE

bei UNDEMANN bedeuten Trübel und Jubel. Jubel vor allem auch bei den Müttern, denen unsere ungewöhnlich

niedrigen Preise

es ermöglichen, ihre Lieblinge nach Herzenslust modern, nett und doch dauerhaft zu kleiden. Aber auch die Kleinen kommen voll auf ihre Rechnung. Jedes Kind in Begleitung eines Erwachsenen erhält ein schönes Geschenk.

Beginn: Sonnabend, den 17. März



13 75
Kasch-Kleid in flatter junger Perle mit sparter Stickerei. Größe 60-100. Gr. 60 (Steiger. 1.-)



7 95
Sport-Anzug a. engl. artigen Stoffen; weißer Rippsack Gr. 1 (Steiger. 0.50)



5 25
Mädchen-Md. imprägn. sparter Karos. Gr. 45-100. Gr. 45 (Steiger. 0.75)



4 50
Schulkleid marineblau Popeline, mit weißen Knagen und Schenkelbes. Gr. 55 (Steigerung 75 Pl.)



3 90
Mädchen-Kleider Popeline in vielen Farben, mit bunter Stickerei, Größe 40 (Steigerung 40 Pl.)



9 75
Flotter Kasch-Mantel a. Röhrenmaterial. Gr. 60-100. In Größe 60 (Steig. 1.-)

3 90
Kleider-Anzug: marineblau; Doppelreihen. In Größe 0 (Steig. 0.75)

13 75
Knaben-Sportanzug engl. gem. Stoff, ganz a. rust. Gr. 2 (Steig. 1.10)



5 95
Kieler Pyjak a. dunkelblauen Melton, ganz a. Serge. Größe 0 (Steiger. 0.50)



7 25
Baby-Mantel aus uni Woll-Cheviot. Größe 45-60 in Gr. 45 (Steiger. 0.75)



5 90
Mädchen-Kleider Popeline, blau, Püschelrock m. roter oder blauer Bluse, reich gest., Gr. 55 (Steigerung 75 Pl.)



6 95
Einknopf-Anz. a. dunkelblau Melton Matrosenart. Gr. 0 (Steiger. 0.50)



1 95
Flotter Kleid aus a. indonesischer Zephir. Größe 55 (Steiger. 0.30)

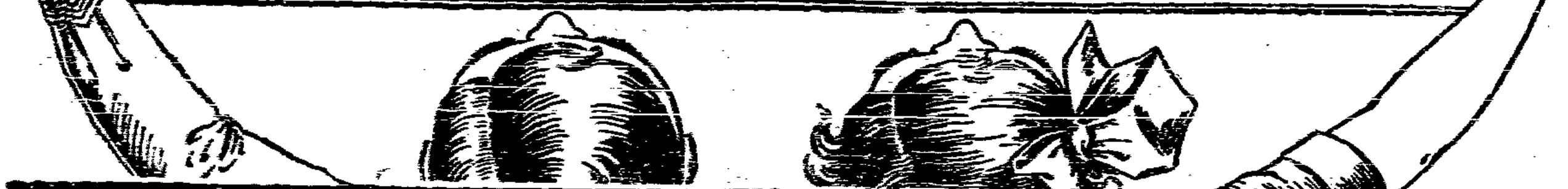
- Knaben-Mäntel** Shelland m. Sattel u. Gürtel, ganz auf Futter. Größe 00 Steigerung 80 Pl. **10 75**
- Trägerhosen** f. Knaben blau Kamerun-Cheviot, auf Futter. Gr. 7-12, durchweg **3 90**
- Leibchenhosen** für Knaben, blau Melton, ganz auf Futter. Gr. 7-12, durchweg **2 89**
- Matrosenkleid** blau Chev. m. abknöpfb. Garn u. Abzeich. Steig. 1.- Gr. 55 **10 75**
- Faltenröcke** m. Leibchen, blau Chev. Gr. 40 Steigerung 25 Pl. **3 25**
- Spielhosen** waschstoff, indanthrenfarbig. Steig. 15 Pl. Gr. 45 **90 Pl.**
- Sporthemden** f. Knaben Zephir gestreift, Steig. pro Größe 20 Pl. **1 25**
- Sporthemden** f. Knaben, weiß Panama, m. Umschl.-Manschett. Steig. p. Gr. 40 Pl. Gr. 50 **2 50**

- Kunsts.-Käppchen** mit Gummizug **1 50**
- Kunsts.-Käppchen** mit Stick u. Seidenpompon **2 25**
- Strohütchen** barbeta, reizende Neuheit **2 90**
- Kieler Filzhütchen** in allen Größen **3 95**
- Matros.-Mützen** blau-rot, cov. 1.95, 1.45 **95 Pl.**
- Matrosen-Mützen** weiß Chev. **3.50**
- Sport-Mützen** für Knaben ... **1.45** **95 Pl.**
- Turn- u. Gymnastik-Anzüge** für Kinder, leicht, lichtblau, weiß u. schwarz Gr. 1 **2 89**
- Turn-Anzüge** schwarz m. Klappe, kräftige Qualität, besond. für d. Schule geeignet **3 25**

- Kinderschlüpfer** Baumwolle, Pagenform, Gr. 0 Steigerung p. Gr. 10 Pl. **30 Pl.**
- Kinderschlüpfer** Kräftig, Obermaterial, Steigerung 5 Pl. Gr. 2 **4 5**
- Kinderhemdhose** makofarbig, a. Arm u. Bein, Steigerung 15 Pl. Gr. 60 **1 15**
- Kindersöckchen** feinstrippig, groß, bestick mit Wollrand. Größe 0 Steigerung pro Gr. 5 Pl. **20 Pl.**
- Sportstrümpfe** für Knaben, mit breiter, farb. Insekt- u. Blau- u. Rot-Gr. 3 Steigerung pro Größe 10 Pl. **1 15**
- Schals** Wolle, Kunstseide, gestreift **4 8**
- Knaben-Sweater** Baumw.-Trik., verschiedenen Formen u. Größen **7 5**
- Spiel-Anzüge** Baumw.-Tricot, in allen Größen **9 5**

- Mädchenhemd.** sol. Stoff m. Trägern, reich garn. 40 cm l. 1.10 **7 8**
- Knabenhemden** guter Wäschestoff Länge 4 cm ... 1.15 **90 Pl.**
- Hemdhosens** Mädchen mit reicher Garnierung Länge 40 cm ... 1.95 **1 45**
- Prinzebröcke** f. Mädch. reich garn. Lg. 45 cm 1.95 **1 40**
- Schlafanzüge** für Kinder. 1.3 Jahre 4.90 **4 50**
- Schürzen** für Mädch. aus mod. neuem Stoffen Länge 40 cm ... 1.25 **9 5**
- Waschkunstseid.** in anstreichenden neuen Dos. Nr. 1.6, 1.4, 90 **7 5**
- Kinderschotten** doppeltbreit, neue Farbstellungen. Nr. 1.30 **9 5**
- Popeline** reine Wolle, doppeltbreit, in großen Sortimenten ... Nr. 2.10 **1 90**

- Kinderkragen** in Waschpins, breite Form 1.1 u. schmal. Form **6 5**
- Kindergarnitur** Kunstseidenflos, glatt od. Piqué mit Rüsche ... **1 50**
- Matrosenkragen** wasch- und lichtechte Qualität ... Paar 3 **8 5**
- Kieler Knoten** für Matrosenanzüge in verschiedenen Formen und Größen. ... 75, 50 **2 5**
- Lacktuch-Gürtel** f. Kinder, in viel. Farb. 30 **2 5**
- Strumpfhalter** für Kinder, aus Kaseid. Gummiband. Paar 3 **2 5**
- Hosenträger** Knaben Gummiband mit Led. 95, 75 **4 5**
- Ledergürtel** für Knaben ... 90, 75 **4 5**
- Topschirme** all. Gr. m. klein. Schönheitsfahrl. **2 45**



UNDEMANN & CO. AG

BRESLAU · OHLAUER STRASSE 71-73

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 16. März 1928.

Jeder einzelne Genosse

erscheint bereits heute abend 6 Uhr im Distriktslokal zur Verbreitung der Handzettel für die Internationale Rundgebung. Kein Genosse darf fehlen!

Schlesische Philharmonie.

Die ungeklärten Verhältnisse beim Schlesischen Landesorchester g. G. m. b. H., die auch das Preussische Staatsministerium zu der Erklärung veranlaßt hatten, keine weiteren Beihilfen vor einer durchgreifenden Neuordnung der Verhältnisse bewilligen zu können, haben zu eingehenden Verhandlungen unter Führung des Breslauer Magistrats mit der Leitung des Landesorchesters und des Orchester-Vereins geführt, an denen auch die Oberpräsidenten von Nieder- und Oberschlesien, der Landeshauptmann der Provinz, Nieder- und Oberschlesien, der Regierungspräsident von Breslau teilgenommen haben. Das Ergebnis der Verhandlungen liegt als Magistratsvorlage den Stadtverordneten nunmehr vor. Es zielt darauf ab, unter Beteiligung von Stadt, der Provinz und gegebenenfalls auch des Staates, einen neuen Träger für ein verstärktes Orchester zu schaffen, das aus den Mitgliedern des Stadttheater-Orchesters und dem größten Teil der Musiker des Landesorchesters gebildet werden und den Namen „Schlesische Philharmonie“ erhalten soll. Die Zahl der Musiker des neuen Orchesters ist auf 120 angesetzt worden, von denen 55 dem Stadttheater-Orchester und 65 dem Landesorchester zu entnehmen sind.

Ein überaus vorsichtig aufgestellter Plan ergibt unter Gegenüberstellung der Ausgaben und der zu erwartenden Einnahmen einen jährlichen Zuschußbetrieb von 150 000 Mark. Davon sind 50 000 Mark durch den bisherigen Beitrag der Provinz Niederschlesien an die Landesorchester g. G. m. b. H. gesichert. Wenn die Stadt Breslau sich entschließen würde, ihren bisherigen Beitrag von 30 000 Mark auf 50 000 Mark zu erhöhen, bliebe demnach noch ein Betrag von weiteren 50 000 Mark zu decken, dessen Bereitstellung durch Reich und Staat erwartet werden kann. Außer dieser jährlichen Beihilfe von 50 000 Mark hätte die Stadt noch eine einmalige Beihilfe von 30 000 Mark zur Abdeckung der bei dem Landesorchester bestehenden, nicht unerheblichen Schulden, in erster Reihe zur Begleichung der rückständigen Gehälter, zu leisten.

Als Träger der „Schlesischen Philharmonie“ soll eine neue G. m. b. H. gegründet werden, deren Stammkapital zur einen Hälfte der Stadt Breslau zustehen müßte. Die künstlerische und administrative Leitung des neuen Orchesters wird in den Händen der Generalintendantin des Stadttheaters liegen. Das ist einmal eine unbedingte künstlerische Notwendigkeit und würde außerdem Gewähr dafür bieten, daß künftig der gesamte öffentlich beeinflusste musikalische Dienst für Breslau und die beiden schlesischen Provinzen einheitlich geregelt werden kann unter Vermeidung jeglicher Konkurrenz. Die Stadt Breslau und die Provinzen Nieder- und Oberschlesien erhalten auf diese Weise zum ersten Male ein großes Kultur-Orchester, das in der Lage ist, aus eigener Kraft allen Anforderungen zu genügen in weit höherem Umfange, als dies das bisherige Landesorchester oder das Stadttheater-Orchester vermöchten. Es wird möglich sein, die hervorragendsten Dirigenten ausschließlich mit schlesischen Musikern auftreten zu lassen, nicht mehr mit fremden Orchestern. Erst das einheitlich geleitete große Orchester wird auch zum ersten Male vollständige Konzerte von hoher künstlerischer Qualität zum Vortrag bringen können.

Der Flugport und die Jugend.

Vor der Jugendgruppe des Humboldt-Vereins sprach am 14. März in der Aula des Matthiasschulhauses, Schulstraße, Major Zimmer-Borhaus über obiges Thema. Einleitend führte er aus, daß die Fliegerei durchaus nicht so gefährlich ist, als vielfach angenommen wird, da die vorkommenden Flugunfälle einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz ausmachen. Der Redner erläuterte kurz die Konstruktion der Modelle, Flugzeuge und Segelflugzeuge und kam auch auf die sogenannte Raumfahrt zu sprechen, zumal dieser Zweig der Luftfahrt in Breslau seinen Sitz hat. Bei der Raumfahrt handelt es sich um die Frage, ob es möglich ist, Flugzeuge durch Raketen anzutreiben. Das Motorflugwesen in Deutschland ist zurzeit stark gedroht, infolge des Friedensvertrages.

Eingehend befaßte sich der Redner mit der Frage: Wie kommt das Segelfliegen beim Segelflugzeug zustande? Da sich der Wind an jedem Berge oder Hügel zu stauen pflegt, muß der Flieger sich dem Aufwindstrom (den „Aufwind“, wie es in der Fliegerei heißt), annähernd machen. Durch geschicktes Ausnutzen des Aufwindes, kann der Flieger sich ohne Hilfe eines Motors emporschrauben und die Startstelle um ein beträchtliches überhöhen. Ebenso ist es bei einigermaßen günstigen Windverhältnissen möglich, daß der Segelflieger hundentlang in der Luft bleibt. Ein gutes Gebäude für die Segelfliegerei in Schlesien ist bei Grünau. Hier werden junge Leute, die Lust und Liebe zum Flugport haben, gegen geringe Kosten ausgebildet. Der Flugport, so meinte der Redner zum Schluß, ist keine unnütze Spielerei, sondern ein Kulturfaktor ersten Ranges. Der Vortrag wurde durch Lichtbilder und durch einen Film unterstützt.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

In der gestrigen Sitzung wurden zunächst die drei neuen unbesoldeten Magistratsmitglieder, Genossin Zils-Gastlein, Obermeister Bedez und Oberpostinspektor Przybilla in ihr Amt eingeführt und vom Oberbürgermeister vereidigt. Alsdann wurde die allgemeine Beratung des Haushaltsplanes fortgesetzt. Herr Wolf von den Demokraten trat für eine Herabsetzung der Gewerbesteuer bei gleichzeitiger Erhöhung der Grundvermögenssteuer ein. Die Sozialdemokratische Partei wird aber eine Erhöhung der Grundvermögenssteuer, die auf die Mieter abgewälzt wird, nicht mitmachen. Im übrigen ist bei diesem Etat, der ein großes, erst nach den Wahlen zu stopfendes Loch aufweist, auch eine Herabsetzung der Gewerbesteuer nicht möglich. Irdenwelche Erleichterungen können erst möglich werden, wenn bei den nächsten Reichstagswahlen der Zollkodex gestürzt wird, so daß sich eine Umkehr von der riesigen Leuerung vollziehen kann. Herr Ammon von den Kommunisten polemisierte auch gegen Genossin Darf. Er setzt auf die kommenden Wahlen keine Hoffnung. Also scheint seine Partei keine Hoffnung zu haben, denn daß die Wahlen eine Besserung bringen werden, hat neulich auch erst der Oberbürgermeister bei der Einweihung des Erholungsheims Bentkau als bestimmte Hoffnung ausgesprochen, und der Oberbürgermeister weiß doch die Dinge nicht schlechter zu beurteilen als Herr Ammon. Wären Herrn Ammons Ansichten richtig, dann könnte man ja den Schwarz-Weiß-Roten ruhig weiter das Feld überlassen, wozu sollten sich da die Arbeiter anstrengen, um den Bürgerblut zu stürzen? Herr Siebranner (Vereinigte Arbeitnehmer und Bodenreformer) mußte als letzter manches Gute zu sagen. Den Gewinn der Hausbesitzer an der Hauszinssteuer, den Genosse Darf auf acht Millionen bezifferte, berechnet Herr Siebranner sogar auf zehn Millionen. Der deutschnationale Thum hielt dann das Schlüsselwort, worin er die schweren Anklagen des Genossen Darf zu entkräften versuchte. Am Etat von 1924, den Genosse Darf in seiner Rede dem „on 1928 gegenüber stellte, habe die Sozialdemokratie keinen Anteil, denn sie habe sich bei der Schlüsselabstimmung der Stimmen enthalten. Es ist gut, daß Herr Thum die Erinnerung hieran wieder wachruft. Der Etat von 1924 war vom Kämmerer noch unter der sozialdemokratischen Mehrheit aufgestellt worden, doch kam er erst nach der Wahl zur Verhandlung. Im Ausschuß machte nun die neue Mehrheit sofort von ihrer Macht gegenüber unserer Partei den gemäßigtesten Gebrauch. Alle sozialdemokratischen Anträge wurden unbelesen niedergestimmt. Daraufhin nahmen unsere Genossen an den weiteren Ausschlußsitzungen überhaupt nicht mehr teil. Der Bürgerblut verabschiedete den Etat allein.

Im nächsten Jahre aber zeigte sich, daß der Kämmerer sieben Millionen nicht gebrauchte Reserven hineingearbeitet hatte. Diese sieben Millionen Erbschaft aus der Zeit der sozialdemokratischen Mehrheit hat der Bürgerblut inzwischen verwirrwirrt und fünfzehn Millionen Defizit gemacht. Herr Thum hatte noch den Mut zu behaupten, daß sich die Wirtschaft seit vier Jahren geholt habe. Dabei haben erst dieser Tage die verführten und belogenen Landwirtsbauern gegen ihr Elend demonstriert. Tatsächlich sind die Bauern von den Zollräubern mit ins Elend gestürzt worden, da sie von den Industriezöllen schwerer belastet werden, als die Agrarzölle ihnen nutzen.

Bei der Eingemeindungsvorlage brachte Genosse Mache die von uns schon gerügte Parteilichkeit des deutschnationalen Stadtverordnetenvorstehers zur Sprache, der die Berichterstattung seinem Parteifreunde Sujakowski übertrug, obwohl die Deutschnationalen der Eingemeindung nur Schwierigkeiten bereitet haben. Deutlich reklamierte er die endlich gelungene Eingemeindung als das Werk unserer Partei. Genosse Bogit trat dann noch für die Aufstellung eines fünf bis zehnjährigen Arbeitsplanes ein, wonach die Besiedelung des Eingemeindungsgebietes zu erfolgen habe.

Der „Volkswacht“ und Genossen Mache hat man die Kritik an der Referatsverteilung des deutschnationalen Vorstehers gewaltig übergenommen. Doch die Sitzung hat hierfür noch ein zweites Beispiel. Die Vorlage über die Vereinigung des Landesorchesters mit dem Orchester des Stadttheaters hatte der deutschnationale Vorsteher seinem Parteifreunde Dr. Fischer zur Berichterstattung übertragen, obgleich es die „Volkswacht“ war, die das Orchester in höchster Not vor den Intrigen eines schwarz-weiß-roten Paragrafen-Einundfünfzigers gerettet hat, und Sozialdemokraten in Rathaus und Oberpräsidium in Verhandlungen mit der preussischen Regierung die Verschmelzung vorbereitet haben. Alles, was in den letzten vier Jahren an Gutem und Lobenswertem geschah, war das Werk unserer Partei; diese Tatsache wollen wir von keinem deutschnationalen Stadtverordnetenvorsteher mehr durch seine Geschäftsverteilung verwischen lassen!

Die Frage einer Jubiläumsgabe an die Straßenbahner wurde gestern von unserer Partei, wie auch von rechts, wieder aufgegriffen. Nun soll der Magistrat die Frage zum dritten Male prüfen.

Die Sitzung wird kurz nach 17 Uhr durch Stadtverordnetenvorsteher Friedrich eröffnet. Nach den geschäftlichen Mitteilungen des Stützleiters Vogel übernimmt Oberbürgermeister Wagner die

Einführung der neuen Stadträte Zils-Gastlein, Bedez und Przybilla, und wünscht insbesondere unserer Genossin Zils-Gastlein, daß sie durch dieses Amt noch weit besser ihr starkes Interesse für die hilfsbedürftigen Ein-

wohner der Stadt wahrnehmen möge. Mit der Vereidigung der neuen Stadträte auf die preussische und Reichsverfassung und der Ueberreichung von Berufungsurkunde und Amtsstelle ist dieser feierliche Akt beendet.

Die Versammlung tritt nun in die Fortsetzung der Beratung des Stadthaushaltsplanes ein. Stadtd. Wolf (Dem.) sieht in dem Etat keine Meisterleistung und findet ihn recht blutleer. Wenn anscheinend in ihm Erhöhungen nicht vorgesehen sind, so ist es ein Aberglaube, daß solche nicht eintreten werden. Als Vertreter von Kaufmannskreisen kritisiert er vor allem die Höhe der Gewerbesteuer, deren Verhältnis zur Gemeindevermögenssteuer er nicht billigen kann. Eine Gegenüberstellung von Vermögen und Schulden der Stadt zeigt, daß ihre Verschuldung stark zurückgegangen sei. Die Politik des Reichsamtpräsidenten Schacht, seines ehemaligen Parteifreundes, findet scharfe Beurteilung; man sollte ihm nur einmal eine Statistik aufmachen, die aufweist, was seine Politik den kommunalen Selbstverwaltungen für Schäden angerichtet habe. Er wendet sich weiterhin gegen die Geheimnisträmerie der Finanzdeputation und wünscht, ähnlich wie es die Banken auch tun, eine regelmäßige periodische Veröffentlichung der städtischen Finanzverhältnisse. Der Eingemeindung sei nicht würdig genug gedacht worden; Der Oberbürgermeister hätte einen Aufruf an mein Volk! bei dieser Gelegenheit herausgehen lassen müssen. Den ehrenamtlichen Kräften der Stadt sei mehr Dank für ihre Tätigkeit entgegenzubringen.

Stadtd. Ammon (Komm.) sieht in der hier betriebenen Kommunalpolitik keinen Unterschied von der Reichs- und Preussenspolitik, zeigt aber durch seine ausführliche Kritik am Etat, daß es wohl Differenzierungen gibt. Die Mittel der Wohlfahrtsfürsorge sind zu knapp bemessen; der Zuschuß ist bei den einzelnen Schulsystemen sehr unterschiedlich, und bei den höheren Schulen am größten. Falsche Sparbarkeit wird bei der ergänzenden Fürsorge für die Erwerbslosen geübt. Er wendet sich weiter gegen neuerliche Erhöhung der Gehältern der städtischen Betriebswerke und der Pflegekräfte in den städtischen Krankenanstalten. Es müsse einmal Schluß mit der steuerlichen Belastung der breiten Massen zugunsten der besitzenden Klassen gemacht werden. Zum Schluß warnt er vor jeder Stimmgeldflut und vor dem Glauben, daß es nach den Wahlen besser werden wird. (1) (Zuruf des Stadtd. Darf: „Also wählt Schwarz-Weiß-Rot!“) Erst durch die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft können alle anderen Uebel beseitigt werden.

Stadtd. Siebranner (Arbeitnehmer) übt vor allem Kritik an den einzelnen Steuerposten und wendet sich allgemein gegen die Besteuerung der wertschöpfenden Arbeit.

Stadtd. Thum (Nat.) polemisiert in seinem Schlüsselwort mit wenig stichhaltigen Gründen gegen die Etatkritik der linken Parteien.

Ein vorliegender Dringlichkeitsantrag befaßt sich mit dem Neuaufbau unseres Orchesters.

Nachdem sich die einzelnen Ministerien geweigert haben, dem Schlesischen Landesorchester G. m. b. H. irgendwelche Beihilfe zu geben, bevor nicht die finanzielle Zukunft des Landesorchesters genügend gesichert ist, hat man sich zu einer Neuorganisation veranlaßt gesehen. Aus den Musikern des Stadttheater-Orchesters und dem größten Teil der Musiker des Landesorchesters soll ein großes Schlesisches Orchester in Breslau von 120 Mann unter dem Namen „Schlesische Philharmonie“ gebildet werden. Als Träger ist eine G. m. b. H. unter Beteiligung von Stadt und Provinz gedacht, deren Stammkapital zur einen Hälfte der Stadt Breslau zustehen. Die Stadt soll dieser G. m. b. H. eine Jahressubvention von 50 000 Mark und eine einmalige Beihilfe von 30 000 Mark gewähren. Zur nochmaligen Durchberatung wird die Vorlage an Ausschuß VIII überwiehen und soll in einer am nächsten Montag stattfindenden außerordentlichen Plenarsitzung Erledigung finden.

Die erneute Debatte über das Jubiläumsgeschenk an die Straßenbahner

gibt es, da der Magistrat es weiterhin ablehnt, jedem Arbeitnehmer der städtischen Straßenbahn 10 Mark zu bewilligen, und an seinem Vorschlag festhält, einen Unterstützungsfond von 20 000 Mark für die in Not geratenen Bediensteten der städtischen Straßenbahnen einzurichten, während eine Anfrage des Stadtverordneten Kuffert (Soz.) Antwort verlangt, wann dies von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Jubiläumsgeschenk nun endlich ausgeführt wird. Stadtd. Kuffert (Soz.) sieht nun der Worte genug gewechselt, es sollen nun endlich einmal die Taten gezeigt werden. Diese bescheidene Forderung bedeute schon im Hinblick auf das seltene Ereignis eines solchen Jubiläums eine Bagatelle. Wenn dieser Konflikt der Stadtverordnetenversammlung mit dem Magistrat nicht bald beendet wird, müsse die Angelegenheit einer gemeinschaftlichen Kommission übergeben werden. Oberbürgermeister Wagner vertritt wiederum den ablehnenden Standpunkt des Magistrats, will keine Sonderstellung der Straßenbahner und glaubt nach wie vor, daß es wirkungsvoller sei, wenn ein Stad angelegt und dessen Zinsen für besondere Not ausbezahlt werden. Stadtd. Stein (Deutschnat.) möchte am liebsten mit einem Festessen die Straßenbahner abpeilen, und Stadtverordneter Adelt (Komm.) ist der Meinung, daß bei einem erstl. Besuch Hindenburgs sicher ohne viel Aufhebens weit größere Summen für unnütze Zwecke bewilligt werden dürften. Stadtverordneter Kuffert (Soz.) erinnert den Oberbürgermeister daran, daß schon bei jeder Verwaltungsstelle ein Hilfsfond für besondere Notfälle besteht, und daß es überflüssig wäre, noch einen neuen Stad zu schaffen. Die Angelegenheit wird schließlich auf eine neue Sitzung vertagt.

Die Reihe kleinerer Vorlagen werden ohne Debatte angenommen. Für die Einrichtung eines Haarwaschräume im Bad II sind weitere notwendige 327 Mark zu bewilligen. Für die Hochdruckschroffgeneratoren in der Wassergasanstalt des Gaswerkes Dürzog sind Ersatzteile in Höhe von 11 700 Mark zu beschaffen. Eine auf dem Grundstück Neuborstraße 121 und Ecke Kräutermweg gelegenen Fläche der Stadt ist ohne Vergütung gegen eine Grundstücksfläche von Scholz' Erben auszu-

Das ideale Luxin Abführ-Konfekt

Die Internationale Rundgebung am kommenden Sonntag erfordert die Teilnahme aller freien Gewerkschafter! Ortsausschuß Breslau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

laufen. Für die Wasserversorgung des Gutes
Steine ist eine Betriebsanlage an der Grenze zwischen
Grenz und Steine zu errichten. Von der Beseitigung der
Fogarten auf der Westseite der Gräblicher Straße zwischen
Friedrich- und Hochstraße ist solange abzusehen, bis der Fahr-
damm durch die Erneuerung der Straßenbahnstrecke aufgeschoben
werden muß und dabei in zweckmäßiger Weise verbreitert
werden kann.

Ein Magistratsantrag erucht um Zustimmung, daß die
Verpflichtung, wonach der gegenwärtige Pächter
des künftigen Pächters in Schied, der Ritter-
güterbesitzer, mündelhaft zu liegen an die
Gemeinde Weidenhof weiterverpachten muß,
aufgehoben wird. Diefem widerspricht Stadts. Wolf (Soz.)
in entscheidender Weise. Die Stadt habe seinerzeit die Verträge
geschlossen und müsse sie nun auch halten. Es muß aufs schärfste
verurteilt werden, daß der Pächter schon jetzt die kleinen Weiler
von ihren Pächtern ausleihen habe. Der Antrag wird den
Ausgüssen II und IV überwiesen. Ein Antrag, für die Er-
weiterung der Städtischen Elektrizitätswerke
0.650.000 Mark zu bewilligen, ging ebenfalls zur weiteren Be-
ratung in den Ausschuß.

Gezielte Aufnahme findet der Antrag über die Ab-
änderung der Kabaltfrage für Entnahme von
Mikroskop, die eine stärkere Kabaltgewährung für den Groß-
abnehmer vorzieht. Während Stadts. Ammer (Komm.) und
Stadts. Stein (Deutschl.) darin lediglich eine einseitige Be-
günstigung des Großabnehmers sehen, steht Stadts. Boigt (Soz.)
der Vorlage sympathisch gegenüber. Sie solle vor allem ver-
meiden, daß der Großabnehmer dazu übergehe, elektrische Kraft
im Eigenbetrieb zu erzeugen und anzufragen, auch für den Haus-
halt die Elektrizität in stärkerem Maße als bisher nutzbar zu
machen. Die Vorlage findet Überweisung in die Ausschüsse II
und V.

Bei der zur Beschlußfassung vorliegenden Ein-
gemeindegewaltigen kam es noch zu einer lebhaften
Auseinandersetzung, da

ausgerechnet ein desingnationaler Berichtsposter
zur Eingemeindungstage

bestimmt war, nämlich Stadts. Dr. Bajetowski (Dnat.), der nun
mit großen Worten über das beendete Eingemeindungswort
sprach. Mit Recht mußte da Stadts. Wachs (Soz.) seiner Ver-
wunderung darüber Ausdruck geben, daß nicht wie üblich der
Vorleser der Fraktion die Berichterstattung überwiesen habe,
die an dem West den größten Anteil gehabt habe. Aber das sei
eben die sozialdemokratische Fraktion gewesen, der auch die Be-
schleunigung der Eingemeindungstage zu verdanken sei, während
bis in die letzte Zeit hinein der Posten von der Seite der Rechten
zu spielen gewesen ist. Mit Erfolg konnte die Sozialdemokratie
die Widerstände im Landkreise, bei der Kreisverwaltung wie bei
den Gemeinden überwinden und ihnen Hermann, daß die Ein-
gemeindung nicht nur eine Lebensfrage für die Stadt, sondern
auch für sie bedeute. Nun müsse auch die Stadt beweisen, daß
sie ihr Entgegenkommen zu würdigen wisse; eine desingnationalste
Berichterstattung müsse den neu hinzukommenden Gemeinden Gelegen-
heit zur Anteilnahme an den Geschäften der Stadt geben, ebenso
ist dem Verkehren die volle Aufmerksamkeit zuzuwenden.
Das bedürfe wohl größerer finanzieller Aufwendungen, aber man
kann eben hier nicht erst anfragen, wenn die Rentabilität bis
zum letzten gestiegen ist.

Stadts. Ammer (Komm.), der im Gegenzug zu manchem seiner
Freunde im Landtag die Eingemeindung begrüßt, glaubt, daß die
Sozialdemokratie der weiteren Eingemeindungen vor großindus-
triellen Interessen zurückgehen sei (?). Stadts. Wolf (Soz.) spielt
den Friedenengel und hält es für zwecklos, noch weiter über diese
Frage zu diskutieren. Die kulturellen Einrichtungen (Jura-
von Links Kirchen!) sind in den eingemeindeten Orten besonders
zu fördern. Stadts. Boigt (Soz.) fordert vom Magistrat die bald-
möglichste Aufstellung eines umfangreichen Programms über die
durch die Eingemeindung sich ergebenden Aufgaben, damit plan-
mäßig die Weiterentwicklung der Stadt gefördert werden kann.
Hierin müsse klar und unzweifelhaft und durch die Feststellung
der notwendigen Ausgaben die Arbeit für die nächsten Jahre
festgelegt sein. Das wird natürlich nicht ohne Opfer abgehen,
aber eine solche Opferbereitschaft gäbe dem großen Wert der Ein-
gemeindung nur geringe Bedeutung. Danach will aber Stadts.
presidenten Wachs (Dnat.) nichts wissen, der mit solchen Plänen
solange warten will, bis eben Geld vorhanden ist. Stadts. Wachs
(Soz.) zeigt dem kommunikativen Redner, wie in Wirklichkeit das
angelegte Zurückweichen der Sozialdemokratie vor industriellen
Kräften aussieht. Gerade diese Kräfte haben um die Eingemein-
dung gekämpft, während der Landkreis sich bemüht habe, diese
Dane bei sich zu behalten. Und um nicht die ganze Eingemeindung
zu gefährden, mußte hier und da nachgegeben werden. Die Ein-
gemeindung Deutsch-Biljas sei aus wohnungspolitischen Gründen
von allergrößter Wichtigkeit. Zur Prüfung von Einzelheiten
wurde der Antrag den Ausschüssen überwiesen.

Nun gibt es noch

bei vorgerückter Zeit eine letzte Stadts. Debatte,

in der fast alle Parteien ihre Redner nachschicken. Ein Magistrats-
antrag fordert die Aufhebung eines Teiles des
Schweidnitzer Stadts. hinter dem Kaiser-
Wilhelm-Denkmal, was von der Überwindung der
Rechtsmännlichen Grundstücke die Lösung der Kosten der In-
haltung übernommen werden. Natürlich will Stadts. Stein
(Deutschl.) dahinter ein jährliches Gehaltessen und will, daß
jeder mit päpstlichem Gehalt dieses Wert sein werde. Stadts.
verordneter Wachs (Soz.) stimmt dem Antrag schon aus we-
sentlichen verkehrsmässigen Gründen zu, während Stadts. Steiner
(Dnat.) aus öffentlichen Gründen davon nicht wissen und alles
über in anderer Stadt beim Alten lassen will. Verantwortlich-
weise begünstigt er die weitgehenden Verkehrsmaßnahmen als
Kommunikationsmittel. Stadts. Boigt (Soz.) wendet sich gegen eine
solche Sentimentalitätsmaßnahme; man möge schon heute Jubiläe
beabsichtigen, die erst in späteren Jahren ein werden. Stadts.
verordneter Speer (Döhlitz) will hierbei auch einmal zeigen, daß
es kein Nachsichtler in der Behörde ist und bedingt die Behauptung durch
erhalten eigenartige Beispiele. Nicht weniger als vier Unterteile
liegen vor. Noch einen weiteren will der Stadts. Stein stellen,
nämlich die seitlichen Anlagen abzulassen; unter dem Ge-
lächter des Publikums bezieht ihn der Vorleser über seine naive
Kaufkraft der Geschäftsverteilung. Er brachte ja weiter nichts
zu tun, als in der Diskussion dagegen zu stimmen. Der Antrag,
der die Aufhebung des genannten Grundstücks fordert, und
die Lösung der Kosten der Überwindung der Rechtsmännlichen
Grundstücke überträgt, findet keine Mehrheit.

Damit ist die Sitzung nach fünfjähriger Beratung gegen
11 Uhr beendet.

Wohnungsausstellung 1929.

In Gemeinschaft mit dem Werkbunde will die Stadt
Breslau im Jahre 1929 eine Wohnungsausstellung veranstalten.
Die Stadtverordneten sollen diesen Donnerstag einer Garantie-
summe von 100.000 Mark zustimmen, unter der Voraussetzung,
daß von anderen Behörden und Stellen 200.000 Mark Zuschüsse
gestiftet werden. Für die Durchführung der Ausstellung soll ein
Kredit von 200.000 Mark zur Verfügung gestellt werden. Dem
zu bildenden Hauptausstellung durchzuführen und Beauf-
sichtigung der Gesamtanstellung sollen fünf Stadtverordnete
angehören. Das Ausstellungsgelände soll der Siedlungsge-
sellschaft Breslau überlassen bleiben. Es besteht die Absicht, im
Gegenzug zur Wohnungsausstellung in Stuttgart, in Breslau
in erster Linie technisch-wirtschaftliche Gesicht-
punkte zu betonen, und alle Vorschläge praktisch zu prüfen,
die sich auf die Verbesserung und die größere Wirtschaftlichkeit
des Wohnungsbauwesens erstrecken.

Für die Planungstellung der Wohnungsstellung ist eine Gruppe
von zehn Architekten verschiedener Richtungs-
anschauungen ausgewählt worden. Eine größere Zahl war
nach dem beachtlichen Umfang des Bauvorhabens nicht möglich.
Die Verlaufsstellung, die etwa 120 Wohnungen umfassen wird,
kommt auf dem südlichen Gelände westlich des Gräblicher
Straßenbahnhalts zu stehen. Daneben ist eine Hallenausstellung
in den Ausstellungsgeländen in Scheitling beabsichtigt. Es soll

Arbeiterjugend und -Mädel, Arbeitereltern

Besuchen die Veranstaltungen der
Reichswerkwoche der Arbeiterjugend
vom 18. März bis 1. April.
Besucht morgen das Wettbewerbprogramm.

Alle Parteigenossen kommen

mit ihren liebe Opfern
Jugendweibe
am Sonntag, den 1. April, vormittags 10 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

eine Qualitätsausstellung über Siedlungsfragen, Siedlungsstil,
Wohnungstypen, Baum, Schallschutz, Wärmehaushalt,
Siedlungsfragen usw. werden. Die Messegesellschaft wird die
Geschäftsführung der Ausstellung übernehmen. Die Architekten-
gruppe arbeitet zusammen mit dem Arbeitsausschuß des Bau-
ausschusses, dem Stadtrat Fuchs, Stadtbaurat Althoff,
Stadtrat Scherndl und Polizeibaudirektor Berger an-
gehören. Außer den Genannten gehören dem Bauausschuß auch
noch die Herren Professoren Boelszig und Tellenow an.
Abgesehen von den 120 Wohnungen, die von der Aus-
stellung zurückbleiben, wird diese für der ganzen Siedlungs-
arbeit bedeutsame Richtlinien geben, sowie Besucher und Studien-
kommissionen von fern und nach Breslau führen.

Das Mieterrecht auf Verbesserung der Wohnungen.

Als für das Mieterrecht nur das BGB. galt, waren die
Ausbeherungsbedingungen des Vermieters ziemlich einfach
festzustellen. Der Vermieter hatte die vermietete Wohnung nicht
nur in einem zum vertragsgemässigen Gebrauche geeigneten Zu-
stand zu überlassen, er mußte sie auch während der Mietzeit in
einem derartigen Zustande erhalten (§ 536 BGB.). Demgemäß
war er verpflichtet, grundsätzlich alle Mängel zu beseitigen, die
den Gebrauch der Wohnung minderten. Wenn er trotz Mängeln
seiner Verpflichtung nicht nachkam, so konnte der Mieter den
Mangel selbst abstellen und Ersatz der erforderlichen Aufwen-
dungen von ihm beanspruchen (§ 535 BGB.). Er tat das natür-
lich meistens so, daß er mittels Inrechnung der Mietzins ent-
sprechend kürzte.

Nun war es aber möglich, die Ausbeherungsbedingungen
des Vermieters vertraglich umzuändern. In der Tat wurde in
vielen Mietverträgen die Pflicht zur Wohnungsverbesserung dem
Mieter auferlegt. Diese Möglichkeit wurde aber durch das Reichs-
mietenrecht (RMV.) abgeschafft. Das RMV. bestimmt nämlich
(§ 20), daß in allen Fällen, in denen die sogenannte gesetzliche
Miete zu zahlen ist, für die Verpflichtung zur Instandhaltung
der Wohnung die Vorschriften des BGB. maßgebend sein sollten;
das war natürlich überaus ungünstig für den Mieter, weil er
den Gebrauch der Wohnung minderten. Wenn er trotz Mängeln
seiner Verpflichtung nicht nachkam, so konnte der Mieter den
Mangel selbst abstellen und Ersatz der erforderlichen Aufwen-
dungen von ihm beanspruchen (§ 535 BGB.). Er tat das natür-
lich meistens so, daß er mittels Inrechnung der Mietzins ent-
sprechend kürzte.

Unter der Geltung des RMV. haben wir also den Rechts-
zustand, daß in nahezu allen Mietverträgen der Vermieter grund-
sätzlich die Verpflichtung hat, für die Instandhaltung der Wohn-
ung zu sorgen. Kommt er mit dieser Pflichterfüllung in Ver-
zug, so kann der Mieter etwaige Ausbeherungen selbst vor-
nehmen und sich seine Aufwendungen ersetzen lassen.

Nun fand sich jedoch in dieser gesetzlichen Reform-
maßnahme, insbesondere auch in Preisen, die über die Kosten der Mieter
mit Handlungen der Instandhaltung zu zahlen, nicht
genügend beachtet. In bestimmten Fällen mußte er, wenn er
vom Vermieter zu erheblichen Aufwendungen für die Wohnung ge-
macht hatte, zunächst einmal jedesfalls in den Mietzins be-
zahlen. Die Aufwendungen konnte er dann geltend machen und
eventuell einlösen. Dieses sogenannte Aufrechnungsrecht
war natürlich ungünstig, wurde auch durch das RMV. nicht beseitigt.
Aber in der Reichsmietengesetz (RMVG.) ist bestimmt, daß der
Vermieter für ein vertraglich festgelegtes Aufrechnungsrecht
nicht bezahlen muß (§ 2). Seitdem kann der Mieter, der für
Instandhaltung der Wohnung auch erhebliche Aufwendungen des
Vermieters Geld ausgeben hat, mit jenem Aufrechnungs-
recht gegenüber der Mietzinszahlung des Vermieters Auf-
rechnung vornehmen. Nur hat für die verschiedenen Aus-
beherungsarbeiten verschiedene Voraussetzungen zu beachten.

Nun war nämlich zunächst einmal von Ausbeherungs-
arbeiten abzuheben, die überhaupt gar nicht und die in-
gerade keinen Zweck haben. Die großen In-
standhaltungsarbeiten, die eine etwa erheblichen Aufwand ver-
langen, sind eine Kategorie des Instandhaltung, die unter
Anrechnung der Gemeinleistung sind. Alle anderen Ausbeherungs-
arbeiten können in den verschiedenen Instandhaltungsarbeiten.
Bei den letzten Instandhaltungsarbeiten sind auch als Unter-
gruppen die sogenannten Schönheitsarbeiten zu beachten. Es
handelt sich dabei um das Leisten, Malen, Einrichten der
Decken und Wände, sowie das Einrichten der Kissen, Federen
und dergleichen. Die letzten Instandhaltungsarbeiten, die nicht
Schönheitsarbeiten sind, sind die Reparaturen, das heißt es ist auf
Reparaturen beschränkt. Diese Reparaturen sind, wenn sie den
Zweck haben, die Instandhaltung der Wohnung zu erhalten, und
auf die Instandhaltung beschränkt. Wenn es sich um In-
standhaltungsarbeiten mit einem erheblichen Aufwand han-
delt, so sind diese Reparaturen zu beachten.

Nun haben also die verschiedenen Instandhaltungsarbeiten: Sie
sind in der Instandhaltung nicht zu beachten, so muß der Mieter zu-
nächst bezahlen, es ist für ihn nicht günstig, aber er hat keine
Instandhaltungsarbeiten. Bei den letzten Instandhaltungs-
arbeiten sind es alle diejenigen Schönheitsarbeiten.

selbst auf eigene Kosten ausführen zu lassen, deren Ausführung
er durch entsprechenden Prozentsatzübernahme hat. In
den anderen Fällen muß er den Vermieter unter Kräftigung
mit der Anordnung auffordern, daß er nach vorläufiger Abklärung
der Frist die geschickten Schritte ergreifen, insbesondere die Aus-
führung auf dessen Kosten vornehmen lassen werde. Müßte der
Vermieter innerhalb der Frist nicht, so hat der Mieter, soweit
es sich um laufende Instandhaltungsarbeiten handelt, die nicht als
Schönheitsarbeiten zu bezeichnen sind, zunächst einmal, wenn
er ein vertraglich festgelegtes Aufrechnungsrecht in Wegfall
bringen will, die Instandhaltung zustehende Behörde, in Preisen
also das Wohnungsamt, anzurufen, um festzustellen, ob die Arbeit
wirklich erforderlich ist. Wird sie als notwendig bezeichnet, so kann
er sie zur Ausführung bringen und seine Aufwendungen von
Mietzins kürzen. Bei den sogenannten großen Instandhaltungs-
arbeiten und bei Schönheitsreparaturen, die der Mieter nicht
übernommen hat, oder in den Fällen, in denen kein Aufrechnungs-
recht vorliegt, bedarf es der Anrufung der Instandhaltung
zustehenden Behörde nicht einmal. In diesen Fällen darf der
Mieter, der den Vermieter vertraglich zur Abstellung von Schäden
aufgefordert hat, die Schäden ohne weiteres beseitigen und die
Aufwendungen dafür vom Mietzinsbetrag in Wegfall bringen.

Beschimpfung eines republikanischen Ministers.

Die „Schlesische Tagespost“ leistet sich unter dem geistreich
vollen Titel „Kultur-Besucher“ einen Artikel gegen den
preussischen Kultusminister Dr. Becker, weil er, leider viel zu
milde, den Breslauer Universitätsprofessor Helfrich wegen
seines Kaisergeburtstagsartikels in der „Schlesischen Zeitung“
gerüffelt hat. Unter anderen Frechheiten wird darin gesagt:
„Herr Dr. Becker soll sich darüber nicht täuschen: Der größte und
beste Teil des preussischen Volkes geht nicht mit ihm, weil er
fühlt, daß die republikanische Bespottung seinem innersten Wesen
widerpricht. Herr Dr. Becker ist ein Minister gegen die deutsche
Bildung.“
Besucher ist eine lächerliche Figur aus den „Meister-
sängern“. Er singt nach einer Melodie, die Richard Wagner
kulturlosen Tartaren abgelauscht hat. Und damit vergleicht das
Hakenkreuzblatt einen Minister der Republik! Wird er es sich
fallen lassen?

Zu viel verlangte Zeugengebühren.

Unter der Anklage des Betrages hatte sich vor dem
Einzelrichter eine Konfektionsarbeiterin zu verantworten. Die
Angeklagte wurde eines Tages in einem Prozeß als Zeugin ver-
nommen. Nach Beendigung der Verhandlung verlangte sie für
entgangenen Arbeitsverdienst eine Entschädigung von
10 Mark. Sie erzählte, daß sie aus Prozeß sei und ihr der Ver-
dienstverdienst für den ganzen Tag verloren gehe. Dem Gerichts-
beamten kam die Forderung von 10 Mark zu hoch vor, deshalb
zahlte er ihr nur 5 Mark aus. Die nachträglich angestellten Er-
mittlungen hatten ergeben, daß die Arbeiterin von einer Bres-
lauer Konfektionsfirma als Heimarbeiterin beschäftigt wird und
daß sie täglich 7 Mark verdient. Da sie so noch einen halben Tag
hätte arbeiten können, und ihr tatsächlicher Verdienstverdienst
3,50 Mark betrug, wurde Strafantrag wegen Betrages gegen sie
gestellt. Der Staatsanwalt verlangte eine strenge Bestrafung, für
solche Zeugen, die es verstanden, die Gerichtskasse auszunutzen. Er
beantragte deshalb eine Woche Gefängnis. Das Gericht erkannte
auf 21 Mark Geldstrafe und falls diese nicht bezahlt wird,
auf eine Woche Gefängnis.

Behördliche Förderung der Schaffung von Radfahrwegen.

Das Preussische Ministerium des Innern hat gemeinsam mit
dem Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten einen
Runderlaß an alle nachgeordneten Stellen herausgebracht mit der
Anordnung, daß bei den jetzt im Gange befindlichen großartigen
Umbauten des Straßennetzes bei Stadt- und Landstraßen nach
Möglichkeit eine Trennung des Radfahrverkehrs von
3 bis 5 m. Verkehr durchzuführen sei; dieses Ziel konnte ohne
große finanzielle Mehrbelastung erreicht werden. Die Ministerien
haben empfohlen, die Vereine für Radfahrwege durch ihre
Zentralstelle in Berlin zu tätiger Mitarbeit heranzuziehen. Der
Reichsverkehrsminister hat bekannt gegeben, daß bei den Ver-
handlungen über eine einheitliche Straßenbau-Ordnung
für die Hauptverkehrsstraßen auch die Frage des Radverkehrs
angemessene Beachtung finden werde und das Reichsarbeits-
ministerium hat sich bereit erklärt, die Anlage von Radfahrwegen
grundsätzlich als Reichslandsarbeiten anzusehen. Damit ist den
Trägern der Reichslandsarbeiten die Möglichkeit gegeben, Not-
landsmittel des Reiches in verstärktem Maße zur Schaffung von
Radfahrwegen zu beantragen.

Keine anonymen Briefe schreiben!

Aus dem Bezirksparteisekretariat wird uns geschrieben:
Täglich gehen Zuschriften ein, die nicht unterzeichnet
sind. Es können irgendwelche Beschwerden oder Mitteilungen
nicht verfolgt werden, wenn man sich nicht, uns gegenüber den
Namen zu nennen. Es ist ganz selbstverständlich, daß über alle
Angelegenheiten, die uns gemacht werden, strengste Anonymität
gewahrt wird. Wir müssen aber alle uns noch so berechtigt
erkennenden Mitteilungen, die anonym sind, dem Papierkorb
überliefern.

Dieser Tage haben sich 2. B. vier Kriegseisbedingte, die in
den Schreiben als Genossen bezeichnet, gegen die drohende
Erhöhung der Kriegsverleihen-Strichbahntarifen, wie auch gegen
den angekündigten Wegfall der Sechsstunden gewandt. Dieses
Vorgehen erscheint uns so berechtigt, daß es ganz unverständlich
ist, warum man solche Beschwerden nicht unterzeichnet. Die
sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion wird sich über den
den Versuch, solche große Teile der Bevölkerung schädigende
Veränderungen herbeiführen, ganz von selbst widerlegen. Aber
noch einmal muß betont werden, daß anonyme Zuschriften so
gut wie gar keinen Zweck haben.

Theater und Musik.

Klavierabend.
Im Rahmen der von der Breslauer Volksbühne
veranstalteten Konzerte spielte die junge Pianistin Ellen Epstein
aus Berlin im Mozartsaal Schubert, Chopin, Brahms und
einen Röntgen. In der Anweisung technischer Fertigkeit hat
sie es bereits schon gebracht, daß die Abhaltung eigener Abend
möglich erscheint. Dazu ist jedoch eine sorgfältigere Auswahl
der Darbietungen erforderlich. Mit Schuberts G-dur-Sonate,
die dem offenbar etwas dramatischen Temperament J. S. Bachs
Epstein nicht besonders zugeht, brachte sie — bis auf den besten
gemeinen legitimen Satz — nicht viel mehr als eine notengetreue
Wiedergabe abgab. Viel besser konnte sie sich in die am Schluß
des Programms stehende Sonate Liszts op. 2 von Brahms
hinwenden, in der neben köstlichem Anschlag und feinem
Fingergeschick melodischer Phantasie auch intellektuelle
Eigenheiten zum Ausdruck kamen. Drei Konzerte von
Chopin wiesen die Künstlerin als Virtuosa von Rang aus.
Sich, wie die beiden Violoncellisten von Carol Rathaus
hören nicht nur von Franziska Epstein, sondern überhaupt in
Klavierabend gemindert werden. Abgesehen von der recht
geringen musikalischen Qualität und diese musikalischen
Mängelheiten teilweise Berge allein und der
schonsten Gewissen entleert, nicht verständlich und somit
nicht annehmbar. Wer von diesem Abend kommt, ist ganz so
lang wie vorher. Erster war der Saal sehr schön gefüllt.
B. S. Ser.

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele
Heute Freitag, letzter Freitag
5 und 8 Uhr:
Das Meer
Otto Hessel über Lebensschicksal
Palast-Festung (St. Petersburg)
Die Jugend einzig verstanden! Schiller'scher Charakter
Erzählung, Roman und Irrsinn gegen Anarch in 5 Akte
von H. R.
Achtungspunkt-Konzert im Saal, 8 U.

Der große Bekleidungs-Serien-Verkauf

beginnt morgen!

Nicht oft werden Sie so gut und billig kaufen. Denn nur durch riesige Einkäufe und große Selbstanfertigung können wir so billig sein.



Wäsche-Kostüm in vier schönen Farbstellungen und mod. Garn . . . St. 2.00

Kostüm mit kurzen Arm, aus Wäsche und Musseline . . . Stück
Kinders-Kleider aus waschb. Velour m. lg. Arm, 1-4 J. durchw. St.
Mädchen-Waschmullkleider in hübschen Mustern und verschiedenen schönen Verarbeit. für 1-3 J. durchweg
Leibchen-Röcke gewirnte Noppenstoffe, für 2-3 Jahre, für 2 Jahre Paar Steigerung 20 Pf.
Mädchen-Hülsen in versch. bunten Farb., u. vielen schönen Ausführungen, bis zu 2 Jahren passend . . . Stück

1.00



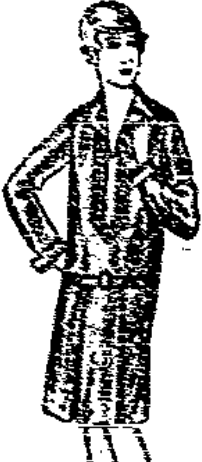
Kostüm aus einer Wäsche, in moderner Verarbeitung . . . 3.00



Wäsche-Kleider in vier schönen mod. Farbstellungen . . . St. 2.00

Damen-Kleider Musseline, Zephir, K-Seide, mit reißwoll. Pop.linerock, schöne Machart, mod. Farben . . . Stück
Kostüm-Eckie guten engl. gemust. Stoffen . . . Stück
Mädchen-Schulkleider a mittellang, Velour, mit lang. Arm, hochgeschloss. für 5-10 Jahre . . . Stück
Mädchen-Kleider pa. Waschmull, viel. Must. u. hübsch Verarb., 1.5-10 J.
Männer-Arbeitskos. gestr. Zwirnstr.
Knickerbocker blau Tuch, 1.9-14 Jahr, für 9 Jahre . . . Stück
 Steigerung 20 Pf.

2.00



Damen-Kleider in vier schönen, neuen Farben, aus reißwollenen Stoffen, modern bestell. Stück 9.50

Kostüm mit langen Arm, aus Wäsche, durchweg gute Qualitäten, schöne Farbenmuster . . . Stück
Mädchen-Velourkleider hochgeschloss., m. Kraw. u. lg. Arm, 1.11-14 J.
Mädchen-Kleider a. gut. Wäsche, 1 viel. bunten Farb. u. mod. Verarb., 1.5-10 J.
Blau Arbeitsjacken Schräg- und Gradschul., prima Hautstich . . . Stück
Knickerbocker-Platz a. mollig. Fülltech., reiz. Farb., 2-4 Jahre, durchw.
Herrn-Restwesten a. Strapaz. Stoffen, ganz Futter . . . Stück

3.00



Wäsche-Kleider in vier schönen mod. Farbstellungen . . . St. 4.50

Fräulein-Röcke, große Weiten, aus Ripps, Chevron u. engl. gemust. Stoffen, durchweg gute Qualit. Stück 9.50, 1.50
Mädchen-Schulkleider aus Schiffsstoffen, in neuen Farben mit Seidenstr. u. lg. Arm, 1.5 Jahr. St.
Paletten aus la. Regatta, blau-weiß gestreift, St.
Herrn-Bertramhosen aus dicktägigen Rohwolle . . . Stück
Herrn-Bertramhosen aus doppel gewirten Nessel, Spick
Herrn-Arbeitshosen aus einseitigen Zwirnstr. . . Paar

4.50



Wäsche-Kleider in vier schönen mod. Farbstellungen . . . St. 7.50

Damen-Windjacken a. gut. imprägn. Stoff, einfarb. u. kariert
Moderne Damen-Kleider a. reißwoll. Popeline, K-Seide u. ander. reißwoll. Stoff, mod. Verarb., St. 14.50, 9.50
Bulgaren-Röcke mit reicher, farbiger Stickerei, Stück
Kostüm aus reißwoll. schwer, guten schwarz-weiß kariert. Stoff, St.
Knickerbocker-Platz a. gut. gemustert. Inchenwoll mit schöner Garnier., 1.3-9 Jahre, 1.3 Jahr. St.
Herrn-Bertramhosen a. gut. Zwirnstr. m. dopp. Gestell, Paar

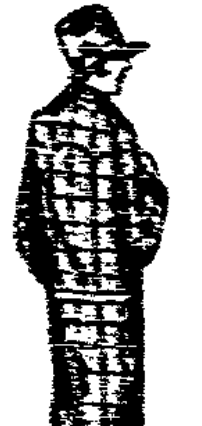
7.50



Wäsche-Kleider in vier schönen mod. Farbstellungen . . . St. 9.50

Tanzkleider aus Crêpe de Chine, Eolienne, 1.5 (K-Seide) usw., schöne Machart, gute Qual. St. 24.50, 19.50, 14.50
Bertramhosen in mod. ansehnlicher Verarbeitung, a. gut. Material, i. schön. Farb.
Herrn-Lederhosen aus widerstandsfähigsten, besserer Form . . . Paar
Herrn-Gummihosen, einfarbige Musterstoffe mit verwaschenen guten Gestellen u. gut. Gummirung, durchweg
mit Nickerböcke in Kurten, aus gutem Karminrot-Cherise, für 2 bis 12 Jahre . . . St. 2 Jahre

9.50



Wäsche-Kleider in vier schönen mod. Farbstellungen . . . St. 14.50

Damenkleid, hochmodern, aus guter reißwollener Popeline, feine Garnier. in dunkelblau. Farben, Stück
Bertramhosen, reine Wolle, a. Koppelung u. ansehnlicher Rock, mit reißwoll. u. schön. Koppelung, St.
Damenkleider, aus gut. reißwoll. Popeline u. Karminrot, viele schöne mod. Macharten, St. 19.50
Crêpe-de-Chine-Röcke in reißwoll. Form, eine gefällige Qualität, in verschiedenen Farben, Stück 19.50
Bertramhosen in reißwoll. Form, eine gefällige Qualität, in verschiedenen Farben, Stück 19.50

14.50

Damenhüte
 verschiedene Modelle
 in verschiedenen Farben . . . 2.00
 Schöne, mod. Hüte
 in verschiedenen Farben . . . 2.00
 Hüte mit breitem
 Rand, in verschiedenen
 Farben . . . 3.00
 Hüte mit breitem
 Rand, in verschiedenen
 Farben . . . 3.00



Damenhüte
 verschiedene Modelle
 in verschiedenen Farben . . . 2.00
 Schöne, mod. Hüte
 in verschiedenen Farben . . . 2.00
 Hüte mit breitem
 Rand, in verschiedenen
 Farben . . . 3.00
 Hüte mit breitem
 Rand, in verschiedenen
 Farben . . . 3.00

Wenn Schuhe



Damen-Spangenschuh, roséfarbig mit braun Chevreaux abgesetzt, L XV.-Abs. 16.50
Damen-Spangenschuhe in grau und hoeselnu echt Chevreaux mit und ohne Steg L XV.-Absatz . . . 17.50
Damen-Spangenschuh, pärsich Boxkalf, mit dunkelbrauner Chevreaux-Koppe und Trotteur-Absatz . . . 17.50
Damen-Spangenschuhe, elfenbein Chevreaux m. beige-rosé Absätzen u. Trotteur-Abs. od. reifarbig Chevreaux mit beige abgesetzt L XV.-Abs. 19.50

Gwera-Strümpfe in reicher Farbenauswahl

dann Tack

Verkaufsstellen **Breslau** Ohlauer Straße 15
 Conrad Tack & Cie. G. m. b. H. Reuschstraße 47/48

Billige Woche für

Apfelsinen

Es kommen zirka 1500 Kisten zu bedeutend ermäßigten Preisen zum Verkauf.

Fischkonserven

Strahlbräte	1	2	4	8	Stk.
Doje	0.68	1.50	2.50	4.50	
Spring in Öl	1/2	1	4	Stk.	
Doje	0.48	0.75	3.25		
Katzen, Doje 1 Stk.				0.75	
Wasserschnecke, Doje 1 Stk.				0.75	
Strahlbräte, " 1 "				0.85	
Strahlbräte in Kermelade	1/2 Doje 1.50, 1/2 Doje 0.80				
Katzen in Mayonnaise	1/2 Doje 1.35, 1/2 Doje 0.70				
Wasserschnecke, 1 Doje 6 Stk.				1.35	
Wasserschnecke	1/2 kg-Doje 0.90, 1 1/2 kg-Doje 2.75				

Mäckerfische

Norweger Bücklinge	1/2 kg 0.25
die 7 Pfd.-Riffe	1.60
Spratten	3 Pfd.-Riffe 1.70, 1/2 kg 0.60
Sardinen	1/2 kg 3.20, 4.00
Wäherl	1/2 Pfd.-Bund 1.00, 1.40
Mäcker, Hutter	Stück 0.12, 0.15

Bienenhonig
 garant. rein gold-gelb . . . 1/2 kg-Glas 1.40
 50 g. Eberjüng . . . 1/2 " " 1.70

Unter in voriger Woche angezeigter billiger Verkauf von
Dörrobst
Gemüse- u. Früchtkonserven
 bleibt weiter bestehen.

Tafelbutter

Schief. Molkereibutter I aus pasteur. Rahm 1/2 Pfd. Stück 1.00
Seinste Tafelbutter 1/2 Pfd. Stück 0.94

Otto Stiebler

Zwingerplatz 5, und 31 Filialen

Prima Rindfleisch
 Pfund 0.90 u. 1.00 M.
Schweinefleisch, Pfd. 80 u. 90 Pf.
Gewiegtes . . . Pfd. 90 Pf.
Paul Weidlich, Lohestraße 42.
 Tel. 578

Wie der Weltkrieg entstand.
 Das amtliche Altmaterial und die Handbemerkungen des Kaisers 180 Seiten Preis nur 60 Pf.
Vollwacht - Buchhandlung

Zur Konfirmation

empfehle ich:
Konfirmanden-Anzüge 15.50



Eugen Hamburger
 Breslau
 Teichstraße 31, Ecke Springerstraße

Polnische Schweine und tschechische Kartoffeln

Ein Zentrumsminister wehrt sich gegen die Landbundemagie.

Wiederholte Angriffe des Landbundes gegen den dem Zentrum angehörigen preussischen Landwirtschaftsminister Dr. Steiger veranlassen diesen zu einer Erwiderung...

In erster Linie wird es von dem „Schlesischen Landbund“ in seiner Ausgabe vom 8. März als abwegig verurteilt, daß der preussische Landwirtschaftsminister von den dreißig Millionen Mark, die das Reich für die Stützung des Fleischmarktes zur Verfügung zu stellen gedenkt...

Dem preussischen Landwirtschaftsminister wird von dem Organ des Schlesischen Landbundes weiter der Vorwurf gemacht, daß er die Provinz Schlesien nicht gegen die Einfuhr tschechischer Kartoffeln geschützt habe...

Gefühlspunkte aus gesehen äußerst vernünftige Stellungnahme. — Red. d. „Volkswacht.“ Allerdings hat das preussische Staatsministerium der Erhöhung des Kartoffelzollens nicht zugestimmt...

Unschlüssig sind auch die Angriffe gegen den preussischen Landwirtschaftsminister wegen seiner Stellungnahme zu dem Notprogramm der Reichsregierung, die der Schlesische Landbund als „Kamischgelegenheit für Preußen“ bezeichnet...

Noch weniger sind die Angriffe gerechtfertigt, Preußen habe die für die Förderung des Genossenschaftswesens vorgesehenen 25 Millionen Mark für die Preuentasse selbst in Anspruch nehmen wollen...

Zu der von dem „Schlesischen Landbund“ wiedergegebenen Äußerung, daß die Siedlung, so wie sie in Preußen bisher betrieben wurde, trotz der vom Reich bewilligten 50 Millionen je Jahr ein Un Ding sei und diese Millionen viel besser zur Siedlung bestehender alter Betriebe Verwendung fänden...

Wenn weiterhin gesagt wird, daß sich die schlesischen Bauern mit der Erklärung des Ministers, daß bereits vor drei Wochen Erhebungen über die Auswirkung der sozialen Gesetzgebung auf dem Lande angestellt seien, nicht zufriedengeben können...

Sprache behiene. Das Gericht entschied aber, daß der Angeklagte sich in deutscher Sprache verteidigen dürfe. Der Staatsanwalt beantragte, nach dem Bericht des R.B., gegen den Angeklagten 3 Monate Gefängnis, mit der Begründung, daß es in Ost-Oberschlesien eine eigenartige deutsche Minderheit nicht gebe...

Der Staatsanwalt ist, wie das in seiner Branche häufig vorkommt, auf dem Holzwege. Das Ansehen des polnischen Staates und der polnischen Nation schädigt nicht die maßvolle Sprache unseres Bruderblattes, sondern das schäblichste Banditentum polnischer Nationalität...

Schweidnitz. Haftentlassung in der Ludwigsdorfer Doppelmordtatsache. Bekanntlich waren der Maschinenist Paul Gabriel aus Ober-Weißritz, ferner sein Schwiegervater und seine Schwiegermutter, die Familie Umlauf aus Ludwigsdorf verhaftet worden...

Polen. Kr. Waldenburg. Den Kopf zerschmettert. Als der 31jährige Mangelführer Willi Wildner in dem Blechereiwerke der Schlesischen Leinwandindustrie die Mangel unter Druck setzen wollte, explodierte der Dampfessel...

Wieschütz Kreis Cosel. Der gefährliche Ofen. Ein schreckliches Unglück spielte sich in der Wohnung des hiesigen Oberinspektors Schulz ab. Frau Schulz bereitete für ihren kleinen 5 Monate alten Knaben in der Küche die Milch und hatte das kleine auf die Chaiselongue des Wohnzimmers gelegt...

Beuthen. Tod am Klavier. Die 14jährige Tochter des Kaufmanns Hildebrand spielte abends bei Kerzenbeleuchtung Klavier. Ihr Haar hing an der Kerze Feuer. Das Mädchen rannte die Treppe herunter zur Mutter, die die Flammen erlöschte...

Landkreis Breslau/Neumarkt.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt. Versammlungskalender.

(Hier finden lediglich Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über das Sekretariat der Unterbezirke Breslau-Land-Neumarkt zugehen.)

Carlomag. Achtung, Mitglieder! Wir treffen uns am Sonntag, 1.15 Uhr, an der Hindenburgbrücke zur Teilnahme an der Internationalen Kundgebung...

Thamsh. Sozialdemokratische Partei. Sonntag, den 18. März, geschlossener Umarmung zur Internationalen Kundgebung. Sammelstelle bei Kelling, Klein-Thamsh...

Cawallen. Parteigenossen, Gewerkschafter, Arbeiterportier! Zu der am Sonntag, den 18. März, in Breslau stattfindenden Internationalen Kundgebung findet der Umarmung 1 1/2 Uhr nachmittags vom Denksteine nach Schwoitz statt...

Stabelwitz. Unsere fällige Mitgliederversammlung findet Sonntag, den 17. März, abends 8 Uhr, bei Maslos-Herrnprotisch statt. Der wöchentlichen Tagesordnung wegen muß jedes Mitglied pünktlich erscheinen...

Zu der am Sonntag, den 18. März, in Breslau stattfindenden Internationalen Kundgebung fahren sämtliche Teilnehmer 13 Uhr von Herrnpotisch bis Schmiedefeld. Parteigenossen, Gewerkschafter, Arbeiterportier, erscheint alle in Massen!

Deutsch-Bissa. Alle Genossen der Ortsgruppe müssen Sonntag, den 18. März, bestimmt an der Internationalen Kundgebung teilnehmen. Wir fahren mit dem Zuge 12.55 Uhr von Deutsch-Bissa ab und erwarten dazu die Ortsgruppe Rathen und Goldschmieden.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Achtung! Alle Kameraden, die der SPD. angehören, beteiligen sich mit ihren Angehörigen und Bekannten am Sonntag, dem 18. März, am Aufmarsch zu der...

Internationalen Kundgebungs

auf dem Ausstellungsplatz in Schwoitz. Sammelplätze sind: Abteilung O.B.: Endstation der Linie 18 um 14.45 Uhr. Abteilung S.B.: in Klein-Thamsh bei Kelling um 14 Uhr. Abteilung S.B. II.: Endstation der Linie 2 (Wiesenfeld) um 13.30 Uhr. Abteilung W.B.: am „Lehen Hellen“ um 13.30 Uhr. Abteilung T.C.: am Waldsteinsplatz um 14 Uhr. Jede Abteilung stellt eine Musikkapelle. Kundschreien vom 11. März beachten.

Freitag, den 16. März:

Abteilung W.B. Alle Spielleute der Abteilung treffen sich um 19 Uhr bei Scheiter in Groß-Rohrdorn zum Abteilungsbesitzabend. Wetungsspielen für Sonntag. Erleben ist Pflicht. Deutscherin Broden. Rendes Rathaus, Broden, 19.30 Uhr: Monatsversammlung. Deutscherin Woißwitz. Goltshaus Besche, Woißwitz, 19.30 Uhr: Monatsversammlung. Deutscherin Osmik. Volkshalle Osmik, 19.30 Uhr: Monatsversammlung.

Sonnabend, den 17. März:

Deutscherin Kottshaus. Im Talschönen Grotte, Kottshaus, 19 Uhr: Werbeabend des Ortsvereins. Alle Republikaner sind eingeladen. Deutscherin Schmalz. Goltshaus Besche, Schmalz, 20 Uhr: Monatsversammlung. Deutscherin Herrnpotisch. Goltshaus Rastos, Herrnpotisch, 20 Uhr: Monatsversammlung. Deutscherin Carlomag-Schwoitz. Goltshaus Rastos, Schwowitz, 19.30 Uhr: Monatsversammlung. Deutscherin Cawallen. Goltshaus Bescher, Cawallen, 19.30 Uhr: Monatsversammlung.

Sonntag, den 18. März:

Deutscherin Klein-Göden und Umgebung. Versammlung zum 1. Sonntag alles auf der Kundgebung. Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, die Versammlungen seines Ortsvereins zu besuchen. Der Kreisleiter.

SPD.-Unterbezirkskonferenz in Dels.

Gestern nachmittag tagte in Dels eine Konferenz des Unterbezirks der Sozialdemokratischen Partei. Ursprünglich war diese Konferenz für den 19. Februar vorgesehen, mußte aber infolge der auf diesen Tag fallenden Deller Kreisversammlung und später wegen Abwesenheit des Unterbezirkssekretärs wiederholt vertagt werden...

Auf Anregung des Genossen Mayer-Dels wurde alsdann beschlossen, auf dem Bezirksparteitag den Genossen Thiel-Trebniß für den Bezirksvorstand in Vorschlag zu bringen, nachdem der Grund, der früher den Deller Unterbezirk veranlaßt hatte, den Sitz im Bezirksvorstand zu überlassen...

Waldenburger Jattre.

Das Waldenburger Bergland scheint das Land der Krautmenschen zu sein. Nachdem der als Jattre unter dem Namen Sindolar aus Nieder-Hermsdorf stammende Bergmann Diebel in Deutschland und im Auslande vor sich reden machte, melden die Zeitungen jetzt von einem 16jährigen jungen Menschen namens Lustig, der in der Stadt Waldenburg wohnt und der, wie der an Blutvergiltung verfallene König Breitbart, zollhartes Eisen in seinen Armen zu einer Spirale dreht usw. Zu diesen beiden gesellt sich jetzt ein dritter, und zwar der 18 Jahre alte Gerhard Gunder aus Friedland...

Hafentreuerei und Baugewerkschule.

Die Baugewerkschule Beuthen O.S., eine Anstalt, die aus staatlichen Mitteln befristet wird, scheint in ihren Mauern nur echten rechten Hafentreuereiz zu beherbergen. Schüler der Anstalt wurden von Polizisten beobachtet, wie sie in der Anstalt aus vollem Herzen das Ehrhardtlied mit besonderer Betonung des Refrains: „Wir brauchen keine Judenrepublik“ sangen...

Verurteilung eines parteigenösslichen Redakteurs in Kattowitz.

Vor der Strafkammer in Kattowitz habe sich der verantwortliche Redakteur des deutsch-sozialistischen „Volkswillens“ Genosse Helmerich wegen Verhöhnung von zwei Artikeln „Im Kampf um das Recht“ und „Der Lebensweg des Deutschtums“ zu verantworten. In den Artikeln handelt es sich um eine Kritik an der polnischen Minoritätsschule, sowie an den Ueberrufen auf Deutschgebiete in Chwallowitz...

Am 14. März 1928 verschied nach langem, schwerem, mit größter Geduld ertragenem Leiden unser lieber Sohn, Bruder, Schwäger, Cousin und Nefte, der

Zuschneider

Erwin Gewinn

im blühenden Alter von 24 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Breslau, den 16. März 1928
Matthiasstraße 169

**Die trauernden Eltern
u. Geschwister nebst Anverwandten.**

Beerdigung: Sonnabend, den 17. März nachmittags
4 Uhr, von der Halle II des Oswitzer Friedhofes, Tor 6, aus.

Freiwillige Versteigerung!

Sonnabend ab 10 Uhr

versteigere ich in meinen Verkaufsräumen **Reuschestraße Nr. 69** (gegenüber Adolt Kreuzberger) wegen vollständiger Aufgabe des Geschäftes

einen **Resiposten Spielwaren**
wie **Puppen, Pferde usw.**

sowie einen Posten starke **Restaurationsstassen**

gegen sofortige Barzahlung. **Der Eigentümer.**

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer

Geschäftsstelle Breslau.

Sonntag, 18. März, vorm. 9 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, unsere

Monats-Versammlung

Tagesordnung:

1. Kartellbericht.
2. Bericht von der Bezirkskonferenz.
3. Neuwahl der Revisoren.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen
Der Vorstand
J. A.: Richard Paichte.

Auffallend billig aus
eigener Anfertigung

Konfirmanden-Anzüge 26.50, 24.00 **15.25**

Elegante Herren-Anzüge 1- und 11 reibig, von **22.00** Mk. an

Sport-Anzüge **24.00**

Frühjahrsmäntel weit unter Preis.
Tuch- und Maßgeschäft

Cheimowitz

Sadowastr. 4, III. Etg.

8 Minuten vom Hauptbahnhof.

Ich werbe

durch die Güte meiner Stoffe,
durch die erstklassige Verarbeitung und Paßform
und durch die enorme Billigkeit meiner Herren- und Knaben-Konfektion.

Achten Sie auf meine Schaufenster

und besichtigen Sie zwanglos
mein gut sortiertes Lager.



Erich Neckerle

Spezialhaus
für Herren- u. Knabenbekleidung
Friedrich-Wilhelmstr. 76

Von der Reise zurück!

Dr. med. Korn
Steine.

M. Berger Nachfolger, Uhlauer Straße 80

gibt hiermit bekannt, daß eine große Anzahl sehr guter
Uebergangs- u. Winter-Damen-Mäntel
zum Preise von **15.-, 20.- u. 25.-** Mk zum Kauf gestellt sind.

Qualität durchaus solide. Auch für **starke Frauen**
die **Größen** vorhanden.

Neueste Mäntel für Konfirmandinnen, **entzückende Formen.**

Druckerei Volkswacht

Moderne zweckmäßige und saubere
Ausführung aller Druckarbeiten
preismäßig und bei kürzester Lieferzeit

Breslau 2, Flurstraße 4/6.

Der gute



Erbonkel,

Schlesischer Korn
Grün-Etikett,
Alter Schlesischer
Rot-Etikett.

Spezialität der Firma
Gustav Seeliger G.M.
Waldenburg-Schles. B.H.

Zweigabteilung

Breslau 10, Rosenthalerstr. 43

Telephon: Onie 8004

ist zu haben in allen einschlägigen
Geschäften und Gaststätten.

Gute und sehr billige

Romane und Erzählungen

finden Sie stets in der

Volkswacht-Buchhandlung
Breslau III, Neue Graupenstr. 5/7

Neue Taschenstraße 11.

Johanna geht und immer kehrt sie wieder

mit den günstigsten Einkäufen von Besen, Hand-
legern, Bürsten, Scheuertüchern, Fußmatten etc.
so daß sie Bekannten und Verwandten empfiehlt.

auf die Oderstraße

zu gehen den Bedarf zu decken.
Dort gibt es auch große Auswahl von Kämmen
Seifen, Spiegel und kosmetischen Artikeln.

London & Co.

Oderstraße 5
2. Viertel vom Ring

Max Schönfelder

Kaffee-Rösterei, Tee-Import 4752
Waren-Verkaufhaus u. Weingroßhandlg.
Breslau I, Albrechtstraße 56.

Zum Sommerfest

ber Kinder goldenes Vorrecht, auf Fügeln
des Gelanges die Mildtätigkeit auszu-
leben! Wenn der zunächst nicht die
Herzen rührt, dann — sobald sie das
schmeichelhafte Lied anstimmen: „Der
Herr ist schön, der Herr ist schön, die Frau
ist wie ein Engel“ — öffnen sich die
Türen und die Geldbeutel. Man kann
ihnen aber auch große Freude bereiten
mit Lederbissen, weshalb ich mir gestatte,

mit besonderer Eindringlichkeit
darauf hinzuweisen,
daß ich zu diesem Zwecke meine in aller Er-
innerung noch von vor Weihnacht stehende
Leb- und Pfefferkuchen-Ausstellung
wieder in machtvoller Aufmachung habe
erziehen lassen.

Ich biete in ganz fabri-
kfrischer Ware an:

- Schokoladenherzen
5 Stück 15 Pf., 10 Stück 28 Pf., 50 St. 1.40 Mk.
- Pfeffernüsse mit weißer Glasur
1/2 Pfd. 31 Pf., 1 Pfd. 66 Pf., 5 Pfd. 3.20 Mk.
- Spitzkugeln mit Schokoladenglasur
1/2 Pfd. 28 Pf., 1 Pfd. 75 Pf., 3 Pfd. 2.16 Mk.
- Spitzkugeln dick mit Schokolade überzogen
1/2 Pfd. 55 Pf., 1 Pfd. 1.05 Mk., 3 Pfd. 3.00 Mk.
- 5 Pfund 4.75 Mk.
- Reißer Konfekt
1/2 Pfd. 42 Pf., 1 Pfd. 82 Pf., 3 Pfd. 2.40 Mk.
- 5 Pfund 3.75 Mk.
- Reißer mit Schokolade
1/2 Pfd. 62 Pf., 1 Pfd. 1.18 Mk., 3 Pfd. 3.40 Mk.
- 5 Pfund 3.40 Mk.
- Hochfeine Lederbissen mit Füllung
1/2 Pfd. 36 Pf., 1 Pfd. 70 Pf., 1 Pfd. 1.35 Mk.
- 3 Pfund 3.90 Mk.
- Hochfeine Biegniger Bombenplättchen
mit Füllung
1/2 Pfd. 38 Pf., 1 Pfd. 70 Pf., 1 Pfd. 1.35 Mk.
- 3 Pfund 3.90 Mk.
- Makronen mit Schokoladenüberzug
1/2 Pfd. 45 Pf., 1 Pfd. 88 Pf., 1 Pfd. 1.70 Mk.
- 3 Pfund 5.00 Mk.
- Schokoladen-Bomben
5 Stück 9 Pf., 10 St. 75 Pf., 25 St. 1.85 Mk.

Zerner: Prachtvolle Batavia-Äpfelkuchen
wunderbar vollständig u. süß
das Duzend 1.00, 1.20, 1.50 und 1.80 Mk.

Die hier angebotenen Früchte stehen
jezt auf der höchsten Entwicklung.

Voranzeige!
Ab Montag, den 19. März, verabschiede
ich wieder in meiner Verkaufshalle,
Albrechtstraße 56

Gratis-Kostproben
von meinem reinen, ungeschältem
Bohnenkaffee

wozu ich erneut herzlich einlade.

Verkauf und Versand nur Albrechtstr. 56.

Zur Jugendweihe

wertvolle Werke schenken, die im wahren Sinne des Wortes
Bücher fürs Leben werden können. Wir empfehlen:

Prof. Dr. Anna Siemsen
Das Buch der Mädel

Das beste weltliche Geschenkbuch für Mädel — auch die Jungen sollten es
lesen — mit schönen stilvollen Erzählungen; im praktischen Leben den jungen
Menschen zum ständigen Führer und Helfer werdend. Reich ill. in Halb. RM. 2.50.

Prof. Dr. Eduard Erkes

Wie Gott erschaffen wurde.

Das Buch gibt eine sehr gute und leichtver-
ständliche Darstellung über die geschichtliche
Rolle des Gottesbegriffes. Preis broschiert
RM. 1.50, gebunden RM. 2.—

O. F. Kanitz

Das proletar. Kind in der bürgerl. Gesellschaft.

Ein Buch, das lange gefehlt hat und von allen
im Interesse der heranwachsenden Kinder
gelesen werden müßte. Broschiert RM. 1.50,
gebunden RM. 2.—

Prof. Theodor Hartwig

Soziologie und Sozialismus.

Die Geschichte der Welt in klaren, leicht-
verständlichen Umrissen. Broschiert RM. 1.50,
gebunden RM. 2.—

Prof. Dr. H. Schmidt

Fruchtbarkeit und Vermehrung.

Leichtverständlich wird das gerade für die
heranwachsende Generation so wichtige
Problem der Fruchtbarkeit und Vermehrung
in der Pflanzen-, Tier- und Menschenwelt be-
handelt. Broschiert RM. 1.50, geb. RM. 2.—

Eduard Weckarie

Mensch und Maschine.

Die Beziehungen zwischen beiden, wie sie
werden und wie sie eigentlich nach sich ziehen
sollen, werden in voller Klar-
heit ausgearbeitet. Brosch. RM. 1.50, geb. 2.—

Prof. Dr. I. Herrmann

Das neue Vaterland.

Kein Hoffen auf den Vater mehr, kein
Gebot um Erlösung, sondern ein Vorstoß zu
menschlich-würdigem Leben. In Halbpergamant
gebunden, zweifarbig gedruckt, RM. 6.75.

Erich Grisar

Gedänge des Lebens.

Flammende Anklagen gegen die Verursacher
des Arbeitsleids und die bestehende ge-
sellschaftliche Ungleichheit. Kartonierte
RM. 1.—

Dr. O. Hauser

Dort, wo der Menschheit Wiege stand

Eine interessante, spannende Erzählung über die
Urmenschforschung. Preis gebunden RM. 1.50.

Georg Engelbert Graf

Entwicklungsgeschichte der Erde.

Meisterhaft und verständlich ist hier die
Entstehung und Entwicklung der Erde nach
dem neuesten Stand der wissenschaftlichen
Forschung dargestellt. Reich illustriert, kartoni-
ert RM. 1.50.

C. Arriens

Musik des Völkerlebens.

Ein Reisebericht von hohem völkerkundlichen
Wert, das über Leben und Treiben vieler
Völker höchst interessant und lehrreich zu
berichten weiß. Reich illustriert. in Halb. RM. 2.50.

Alle Werke sind zu beziehen durch:

Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
Neue Graupenstr. 5. Neue Taschenstraße 11.

Händler-Auktion

Verlängerung bis 20. März.
Reichhaus Sidmann.

Wohnungen

Sanfte
Wohnbereinigung!

Sanfte Wohnbereinigung!
Sanfte Wohnbereinigung!
Sanfte Wohnbereinigung!

Seriale

Garde-überläufer
mit Wäscheleinwand
für 25 Pf. zu verkaufen
Lichterlei Wäscheleinwand
(Eing. d. Hansflur). 1.08

Stadttheater
(Opernhaus)
Freitag 8 und 10 Uhr
15. Abonn. Vorstell.
Serie C
Idigente auf Tauris
Sonnabend
20 bis gegen 22.30 Uhr
Cavalleria rusticana
Der Bajazzo
Sonntag
18 bis gegen 23 Uhr
Die Kletterfünger
von Müllersberg.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 4598
Tel. Stephan 34300.
Täglich 20 Uhr:
„Der Zarewitsch“
Sonntag nachm. 15^{1/2} Uhr
Die Zirkusprinzessin.

Robe-Theater.
Tel.: Ring 674.
Freitag 20 Uhr
und täglich:
Der Frauenarzt
Schauspiel
von Hans J. Schleich
Sonntag 15.30 Uhr:
In kleinen Preisen!
Das Kameel geht
durch das Nadelöhr
mit viel
von Kammerlanger.

Thalia-Theater
Tel.: Ring 670.
Freitag, 20 Uhr, und
Sonntag, 15.30 Uhr:
Beste Aufführungen!
„Der Gezer“
Kriminalstück
von Edgar Wallace.
Sonnabend 20 Uhr:
Schauspiel
mit einer v. Heald
100. Geburtstag:
Die Widdente.

Operate erzielen in
der „Volkswacht“
den größten Erfolg

Weinbau-Ausstellung
Ausstellung
Oderwirtschaft
und Odersport
11.-18. MARZ
MESSEGELENDE
SCHEITNIG
Von heute ab billiger Eintrittspreis von 0.50 Mk.
für jede der beiden Ausstellungen

Liebig-Theater
Tel. Stephan 34646
Täglich 20 Uhr:
Singers
Midgets
Revue
und die weiteren
Varieté-Attraktionen.

Druckerei Volkswacht
herst. moderne Drucksachen
Breslau 2 Flurstraße 4 B

Biolin
alte und neue,
gu im Ton,
10., 15., 18., 20. u. 25.
Schall-
platten
alle Fabrikate,
Reis-Neuauflagen,
grobe Auswahl.
Spezialapparate
Saiten-, Gitarren-,
Reparaturen etc.
Billigste Preise beste Bedienung.
Musikhaus
H. Liedtke, Breslau I,
Siobgasse 3, Nähe Ring.

TdN Fürsten-
straße 32.
Theater des Nordens
Genser Tolness und Hanna Reiph
in
Das verlorene Glück.
Hierzu:
Menschenschmuggel
7 Akte! unter Mitwirkung 7 Akte!
der amerikanisch-mexikanischen Grenzpolizei
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Jugend-Vorstellung mit neuem Programm!
Wochent. 5, 6^{1/2}, 8^{1/2} Uhr. — Sonnt. 4^{1/2}, 6^{1/2}, 8^{1/2} Uhr.

Zentral
THEATER-WESTEND-STR. 50
Nur h. Donnerst., 22. März
Frausorge
Nach dem Roman
von H. Sudermann mit
Mary Carr,
der besten Mutter-Darstellerin
der Welt
Wilhelm Dieterle, Grete
Mosheim, Fritz Kortner,
Karl de Vogt,
Hermine Störck.
Erstklassiges Repertoire.
Esmolka-Woche
Sonntag 3 Uhr:
Gr. Jugendvorstellung:
Der keusche Josef.

Zentral-Ballsäle
Westendstraße 50-52
Aufsichtsbüro 1-2-3-4-5-6-7-8-9-10-11-12
Telephon Ohla 1212
Achtung! Neu eingeübt! Achtung!
Jeden Freitag und Sonntag:
Vornehmer Tanz
Warburg-Lichtspiele
Gründerstraße 51a
Gewiderrücklich nur bis Montag!
Marg. Schlegel + Eugen Klöpfer
Alb. Steinrück + Frieda Richard
in dem gewaltigen Filmwerk:
„Die Vorbesirraffen“
8 Akte.
Fern: **Keel Gibson** im Kampf mit den
Banditen der
„Gespensterfarm“
6 Akte „Gespensterfarm“ 6 Akte
Beilig-Weche!
Sonntag 3 Uhr: Gr. Kinder-Vorstellung
Keel Gibson in „Gespensterfarm“
mit 2 Geiseln.
Vorverkauf!
Montag, den 21. bis Donnerstag, den 22. März:
3 Nachvorstellungen
Das Werden des Menschen
Von der Empfängnis bis zur Geburt
Mit musikalem Vortrag

Circus Busch ★ Schau-
Arena
Neuer Spielplan, 16. bis 25. März
Täglich 8 Uhr — Sonntags 4 und 8 Uhr
Sensations - Variété - Film - Schen - und Menschenschen
Volkswacht Halbe Preise 30
auch Sonntags
Variété-Schau
Das blonde Mysterium
oder: Die
nackte Venus in der Flasche
vollen Weinfaß
Ganz Breslau wird sich den Kopf zerbrechen!
Kampf mit elektrischen Strahlen
Hochinteressante Experimente der Gebr. Watson
Ein Duell auf Schnaps
Eine tragikomische Angelegenheit in 1 Akt
Ein verräddtes Hotel
Eine merkwürdige Sache 2 Akte
Zweispännig in die Ehe
Eine tolle Begeben-
heit 2 Akte
Wunderbar Browne auf der
Hand-Ausstellung
Unvergesslich ohne jeden Zweifel
Zwischen Himmel und Erde
Eine Fahrt durch die Luft des Kosmos
Ugo Zecchini, genannt:
Der schwebende Mensch
Sonntags 4 Uhr: Familien-Vorstellung das gesamte
Abendprogramm!

Paul Simmel
Die Berliner Schnauze
60 ganzseitige Bilder
Ein Nebenstück zu
Heinrich Zille
Preis 2.—
Volkswacht
Buchhandlungen
Breslau, Ecke Hauptstr. 5, Neue Poststr. 11

Was die junge Frau
über Sunlicht Seife denkt
„Schon als Kind sah ich meine Mutter damit waschen. Ihr reicher Schaum und ihr frischer Duft taten es mir an, und auch ich verwende keine andere. Nichts macht die Wäsche so rein und frisch, und nichts schont sie so vollkommen wie Sunlicht Seife.“
Als reine, milde, leicht schäumende Seife ist sie auch für die Hand- und Körperreinigung vorzüglich geeignet, sowie zum Abwaschen von gestrichenem und lackiertem Gefäßel und Möbelstücken.
Sunlicht Seife für Alles.

WELTBÜHNE
Ab Freitag, den 16. März
Eine Warnung an alle jungen Mädchen ist der Film:
Vom Leben getötet
Bekenntnisse einer Sechzehnjährigen Eltern! Klärt Eure Kinder auf!
Der Einundvierzigste
das gewaltigste Filmwerk aus der Klasse des
Potemkin-Films
Auf der Bühne:
Original 3 Welten
in ihrem nie gesehenen Balance-Akt
Wochentags: 6 und 8^{1/2} Uhr. Sonntags: 1^{1/2}, 6, 1^{1/2} Uhr

Reichweite elegante
**Rad- u. Motor-
Anzüge**
Kern. Mohaupt
Rathstraße 1, L. Tel. 9.1301
neher Albrechtstraße.
Parteilreunde
kauft an Bahnhöfen,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
stets die
Volkswacht

Breslaus größte
Likörfabrik
ohne Destillen
Berzberg & Co.
bietet ihre
Fabrikate in folgenden
5 Geschäften an:
Höfnerstraße 48
Kosterstraße 62
Kosterstraße 64
Kosterstraße 3
Leibnizstraße 10
Der berühmte
Breslauer 35%
per Liter **Nk. 2.10**
Weinbrand-Versuch
per Liter **Nk. 2.80**
50% Monopoli-Spritz
per Liter **Nk. 5.50**
Telephon:
Stephan 34157
und 34158

Deutschland Markenfahrräder
gegen Teilzahlung für den Platz Breslau bereitgestellt
Fabriklager der Fahrradfabrik
August Stukenbrok, Einbeck-Hannover
**Willy Watzky Friedrich-Wilhelm-
strasse 13**
am Wachtplatz

Billiger Fleischverkauf!
Schweinefleisch Pfd. 0.20, 0.30, 0.40
Schweinefleisch Pfd. 1.20
Rindfleisch ohne Knochen Pfd. 1.—
Süppfleisch Pfd. von 1.—
Kalbfleisch Pfd. 1.00-1.30 ohne Knochen Pfd. 1.20-1.50
Rinderfleisch Pfd. 1.10 u. 1.20
Ferkelfleisch Pfd. 0.90 u. 1.—
Frische Schweinehälften Pfd. 0.40
Lungenfleisch Pfd. 0.15
Gulaschfleisch Pfd. 0.80 an Gebäcktes Pfd. 0.80
Küchenschinken (deutsch) Pfd. 1.10
Gekochter roher u. Linderfleisch Pfd. 0.45
Ferkelkopf und Mortadella Pfd. 0.25
Metzwurst und Branschwäger Pfd. 0.25
Leberwurst, Preßwurst u. Knoblauchwurst Pfd. 0.60
Folnische Pfd. 0.50 u. L.—
sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaren
zu billigsten Preisen empfohlen
Adolf Weiss Meißnerstr. 13
Ferial Ring 25

Die bolschewistische als Einheitschule
von Dr. Max Apel
Schriften werden von der Expedition dieses Blattes
unter dem Namen Kollekzion einbezogen

Proletarier!
Einigkeit der Arbeiterinnen der
Sprachschweizer Land der
Wahrscheinlich Esperanto
die von Arbeiter der Kultur
geprochen und verwendet wird

Der Berliner Frauenmord

In seinen Ursachen immer noch nicht ganz aufgeklärt. Es wird sich der Eindruck, daß die Kontoristin Erna M. sich dem Mord wohl vorbereitet und das Messer, ein regelrechtes Schlächtermesser, eigens zu dem Zweck gekauft hat, die Dienstmagd Schüller zu beseitigen. Das Messer ist am Mittwochabend in einem Kutscher in der Teckelborger Straße versteckt worden. Die Klinge ist 25 Zentimeter lang und 1,5 Zentimeter breit. Es gilt als ausgeschlossen, daß es, wie die Mörderin angab, zum Schneiden von Karion gebraucht worden ist.

Die Herkunft des Messers.

Erna Muthon, die bisher immer dabei geblieben war, sie das Messer, mit dem sie Frau Schüller niederstach, zufällig in der Kiste habe liegen sehen, gibt jetzt zu, daß es sich in ihrem Besitz befand. Sie will das Messer aber nicht erst kurz vor der Tat, sondern schon im Sommer des vergangenen Jahres in einem Geschäft in der Leipziger Straße gekauft haben. Beamte der Morbalkommission führen mit ihr in das bezeichnete Geschäft hier konnte sie noch den Verkäufer herausfinden, der sie feiner bedient hatte. Sie hat tatsächlich das Messer dort vor dem Kauf gekauft. Der Preis betrug damals 4 Mark. Obwohl das Messer erstanden hatte, um sich von der Arbeitsstelle aus das tägliche Brot zu besorgen, weil das von der Mutter mitgegebene Messer austradete, kam sie von ihrem Vorhaben doch ab und benutzte das Messer nie. Als sie im Dezember vorigen Jahres einmal in ihrem Schubkasten aufräumte, entdeckte sie an der Klinge eine Knochensäge, die von verschüttetem Salz herrührte. Sie ließ sich kurz vorher in den Kisten in dem Abstellraum. Diese Angaben klingen glaubhaft, auch die Fachleute in dem Stahlwarengeschäft erklären, daß das Messer zum ersten Male zu der Zeit benutzt wurde. Eine wichtige Rolle scheinen die finanziellen Verhältnisse der Verhafteten bei den Vorgängen zu spielen. Die Kontoristin, die ein Monatsgehalt von 150 Mark erhielt, gab zu Hause 40 Mark ab. Früher neigte sie zur Puffsucht, später trat sie in Schulen und unternahm auch Schritte in einem Finanzierungsbüro, um ein Darlehen zu bekommen.

Der Pariser Juweliermord.

Der bereits vor 14 Tagen unmittelbar nach der Tat verhaftigte und am Mittwoch wieder verhaftete Juweliermeister Mesterino hat nach einem Kreuzverhör, das einen Tag und eine Nacht hindurch dauerte, den Mord an dem Diamantenhändler Trupheme eingestanden. Die verblutete und verschürzte Leiche des Ermordeten war am Rande einer durch den Wald von Amanvillers führenden Straße aufgefunden worden. Mesterino stand mit Trupheme in Geschäftsverbindung und hatte ihm Anfang Februar einen Diamanten für 55 000 Franken abgekauft; über die Kaufsumme war ein am 27. Februar fälliger Wechsel ausgestellt worden. Trupheme präsentierte am Vormittag des 28. Februar diesen Wechsel. Mesterino hatte bisher aber stets behauptet, daß er den fälligen Wechsel nicht bezahle habe. Diese Angabe hat der Mörder nun widerrufen. Nach seiner Aussage ist es zwischen ihm und Trupheme wegen der Nichtbezahlung des Wechsels zu einem Streit gekommen, in dessen Verlauf er Trupheme mit einem Revolver erschoss, wie ihn die Goldschmiede gebräuchlich, einen tödlichen Schlag verfehlte. Die Leiche versuchte er zu verbrennen, verbrannte sie dann in mehrere Meter Leinen und brachte sie am nächsten Morgen mit seinem Kraftwagen in den Wald. Bei einem Garagenbesitzer in der Umgebung von Paris hatte sich der Mörder vorher das Benzin zur Verbrennung der Leiche gekauft.

Sinckcliffe verloren.

Das Flugzeug des englischen Ozeanfliegers Sinckcliffe ist in englischen Luftschiffkreisen als endgültig verloren. Man glaubt an, daß der Aeroplan zu einer Landung auf hoher See gezwungen war und die Flieger dann in den Wellen den Tod gefunden haben.

Der erste Hotel-Tunnel Europas.

Am Donnerstag mittag wurde in Berlin unter großer Beteiligung von Vertretern der Behörden, des gastronomischen Gewerbes und anderen Interessenten der Exzellenz-Tunnel eröffnet. Der Tunnel verbindet das Exzellenz-Hotel in der Königsgräber Straße mit dem gegenüberliegenden Anhalter Fernbahnhof. Der Tunnel ist 10 Meter lang und mit Fliesen ausgekleidet. In ihm sind auch einige Laden untergebracht. Fahrstühle und Treppentritte führen vom Hotelgange in die Tiefe; der Aufstieg zum Bahnsteig erfolgt durch Schrägläufe.

Ein schwerer Straßenfall

Eignete sich in der dritten Morgenstunde des Donnerstag in der Luisenparkstraße in Berlin. Eine Autodrolsche kam infolge eines Scheiterns ins Schleudern und schlug um. Die drei Insassen des Wagens hielten mit voller Wucht auf das Straßengestell und erlitten erhebliche Verletzungen. Einer der Verletzten mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

Ein räudhustiger Chauffeur

Am Donnerstag früh, gegen 6 1/2 Uhr, an der Ecke Große Frankfurter- und Andreasstraße in Berlin mit voller Gewalt in den Strom der an einer Haltestelle ein- und aussteigenden Fahrgäste der Straßenbahnlinie. Fünf Personen erlitten zum Teil schwere Quetschungen und innere Verletzungen. Der Chauffeur der Autodrolsche blieb unverletzt.

Das Ergebnis des Berliner Sechstagerrennens.

Im Berliner Sechstagerrennen haben Chur- und Hölzel 21 Punkte, eine Kunde zurück Dick-Rieger 20 Punkte, zwei Kunden zurück van Kempen-Rißli 19 Punkte, drei Kunden zurück Wambst-Lacquehan 18 Punkte, Kauf-Hürtgen 203 Punkte, vier Kunden zurück Tanni-Dinale 338 Punkte, fünf Kunden zurück Wolf-Brunier 308 Punkte.

Zwölf Jahre Zuchthaus.

Das Schöffengericht in Essen verurteilte den 40-jährigen Arbeiter Ernst Brader wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen und Körperverletzung zu 12 Jahren Zuchthaus für 10 Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte hatte im Herbst vorigen Jahres in Essen Kraben veranlaßt, an sich gelockt, ihnen im Braunkohl die Pulsschläge auszuschnitten und mit einem Messer tiefe Schnitte am Hals beibrachte. Drei vollendete Fälle waren ihm nachgewiesen worden. Brader hat außerdem verschiedene tätliche Verletzungen gegenüber weiblichen Personen begangen.

Zwei neue Professoren der Berliner Handelshochschule.



Entsprechend dem Vorschlag des Senats der Berliner Handelshochschule hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe den Chefredakteur Georg Bernhardt (links) zum Professor für Bank- und Börsenwesen, den früheren Staatssekretär Dr. Julius Hirsch (rechts) zum Professor für Betriebswissenschaft an der Handelshochschule Berlin ernannt.

Soubloff aus Deutschland ausgewiesen.

Der Regierungspräsident von Köln hat den Kaiserlichwägen Alexander Soubloff, nachdem er wegen Fahrgewaltens rechtskräftig verurteilt worden ist, aus dem deutschen Reichsgebiet ausgewiesen. Soubloff soll das Reichsgebiet bereits verlassen haben. Angeklagt wird er bei schwedischen Verwandten, die am Kongo wohnen, Unterhalt zu suchen. Seine Frau, die Prinzessin Viktoria, die durch die Ehe mit Soubloff ebenfalls staatenlos geworden ist, wird von der Ausweisung nicht betroffen.

Ein Kassenbote von Straßendiebstahl bestraft.

Donnerstag vormittag wurde in Mannheim ein Kassenbote von Straßendiebstahl in einer Bedarfskassette am Wasserwerk überfallen und seiner Parität von 15 000 Mark beraubt. Die Räuber haben anschließend den Kassenboten beobachtet, als er das Geld erhoben hat, und ihn verfolgt. Der Kassenbote wurde hilflos in ein Krankenhaus gebracht. Die Täter sind flüchtig.

Dicht an einer neuen Bergkataklyse vorbei.

In Schacht II der Zeche Schlegel und Eisen der Bergwerksgesellschaft „Hibernia“ in Heren bei Erkenschwid ereignete sich Mittwoch durch Versagen einer Bremsvorrichtung kurz vor Beendigung der Kohlenförderung ein Seilfahrtsunfall, der wie durch ein Wunder sich nicht zu einem ähnlichen Unglück wie auf Zeche Ewald-Fortsetzung gestaltete. Der ausfahrende Förderkorb verfiel aus bisher noch ungeklärter Ursache nach Ueberfahren der Schachthängewand unter der Seilseile. Einem außerordentlich glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß sich keine Personen in ihm befanden. Sieden Steiger, die den aufsteigenden Förderkorb benutzen wollten, blieben wegen der Verzögerung eines Kollegen zurück. Es wäre sonst jedenfalls eine größere Anzahl von Opfern zu beklagen gewesen. Der hinabgehende Korb fiel in den Sumpf; der einzige Mitfahrende, ein Pumpenwärter, erlitt Schenkelverletzungen und Quetschungen. Der Fördermaschinenist, ein älterer Mann, der die Maschine schon 22 Jahre bedient, gibt an, daß er mit der Hüfte gegen das Dampfzylinderventil gestoßen habe; hierdurch wurde der Dampf abgeleert, so daß die Maschine nicht mehr funktionieren konnte. Zu seinem Schrecken konnte der Maschinenist den Korb nicht mehr halten, weil er keinen Gegenampf geben konnte.

Die Untersuchung des Bergamtes ist noch nicht abgeschlossen. Würde sich das Unglück etwas später ereignet haben, so hätte es wahrscheinlich katastrophale Ausmaße angenommen.

Wechsel des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten.



Der jetzige tschechoslowakische Unterrichtsminister Dr. Milan Hodza (links) wird als Nachfolger des Ministerpräsidenten Dr. A. C. Anton Svehla (rechts), der wegen seiner Erkrankung die Führung des Kabinetts abgeben wird, ernannt.

Schwerer Einbruch bei einer Ortskrankenkasse.

In der Nacht zum Dienstag drangen Einbrecher in die Geschäftsräume der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Stuttgart und nahmen den etwa 2 Zentner schweren Geldschrank, der etwa 1300 Mark bares Geld, sowie die Sparlappen und Bankbücher mit den Schecks und Ueberweisungsformularen, Steuermarken, Versicherungspolice usw. enthielt, mit sich. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

Sieben Gebäude zerstört.

Mittwoch nachmittag kam auf dem Gehöft des Bauerngutsbesizers Ernst Leabe in Hohen-Reinendorf (Kreis Randow) Feuer aus, das schnell große Ausdehnung annahm. Die mit Frucht und landwirtschaftlichen Geräten gefüllte Scheune brannte nieder. Ferner wurden ein Schuppen und zwei Ställe ein Raub der Flammen, während die beiden Wohnhäuser durch Wasserversorgung unbeschädigt wurden. Trotz angelegentlicher Arbeit der Feuerwehrleute aus der Umgebung, auch aus Garz, griff der Brand auch auf die benachbarten Scheunen zweier Bauerngehöfte über. Beide Gebäude wurden ebenfalls vernichtet. Schließlich brannte noch ein Scheunen- und Stallgebäude, das drei Familien gemeinsam gehört, nieder. Insgesamt sind also sieben Gebäude niedergebrannt. Ueber die Ursache des Feuers konnte noch nichts festgestellt werden.

Freitod eines Schloßherren.

In Rühlheim a. d. R. schloß sich ein 15jähriger Schloßherrenlehrling eine Kugel in die Schulter, die ihn lebensgefährlich verletzte. Der Junge war zu spät zur Arbeit gekommen und hatte vom Meister eine Rüge erhalten.

Der Klub der Namensbrüder.

Der Plan einer merkwürdigen Vereinsgründung wurde dieser Tage durch Meldungen der tschechoslowakischen Presse bekannt. Danach arbeiten einige Prager Bürger, deren Familienname Novak lautet, an dem Plan, ihre familiären Namensbrüder und Schwestern zu einem Verein zusammenzufassen. Dieser Verein könnte auf eine stattliche Mitgliederzahl rechnen, denn in Prag allein gibt es 16 000, in der ganzen tschechoslowakischen Republik etwa 80 000 Novaks. Da aber, auch die im Ausland lebenden Novaks in den Verein aufgenommen werden sollen, könnte der Novak-Verein eine Stärke erlangen, um die ihn so manche politische Fraktion beenden würde. Uebrigens werden als Zweck dieser sinnigen Vereinsgründung kulturelle und humanitäre Ziele angegeben.

Die Frage, warum denn gerade diejenigen Bürger, die den Namen Novak tragen, besondere geistige und seelische Aufgaben zu erfüllen haben, läßt sich natürlich so ohne weiteres nicht positiv beantworten. Einleuchtend erscheint die Version, daß ein paar Novaks, denen es schlecht geht, auf den originellen Gedanken gekommen sind, ihre Namensvettern zur Hilfeleistung heranzuziehen. Die reichen Novaks sollen die armen Novaks unterstützen, und damit die Sache auch klappt, wollen gewisse Novaks das Problem organisatorisch lösen.

In der Welt gibt es nun bekanntlich mehr arme als reiche Leute, und auch die armen Novaks werden den reichen Novaks gegenüber in der Ueberzahl sein. Es versteht sich aber gleichzeitig von selbst, daß die armen Novaks der geplanten Vereinsgründung sympatisch gegenüberstehen werden. Wie sich allerdings die reichen Novaks zu dem Plane einstellen werden, muß man vorerst abwarten. Bis nähere Nachrichten darüber bekannt werden, werden sich vielleicht auch in Deutschland die Lehmanns und Schulzes mit dem Plane einer ähnlichen Vereinsgründung zurückhalten müssen. Aber wenn das mit den Novaks in der Tschechoslowakei klappen sollte, wird man die bedürftigen Lehmanns und Schulzes sofort verständigen müssen.

Das Totengesicht.

Eine eigenartige Spukgeschichte, die an die unheimlichen Erzählungen Edgar Allan Poes erinnert, hat die Bevölkerung einer ganzen Landschaft in Norwegen in Aufregung versetzt. In einem kleinen Hause in Karmoen bei Vigsnaes wohnte eine Reihe von Jahren hindurch der Schuster Erik Strömnsvald, dessen Leben ohne Besonderheiten verlief. Er starb vor mehreren Jahren und geht als vergessener — bis jetzt plötzlich in einer Fenster Scheibe des alten Hauses das Gesicht des Toten zum Vorschein gekommen ist, und zwar in dem Giebelfenster zu der Werkstätte, in der der Schuster jahrelang gelehrt und gearbeitet hat. Zunächst war das Gesicht nur sehr schwach zu sehen, in der letzten Zeit ist es jedoch immer deutlicher und plastischer geworden. Man sieht es nur, wenn man von draußen in das Zimmer hineinschaut. Vom Zimmer aus ist die Erscheinung nicht wahrnehmbar, sie läßt sich weder durch Pugen noch durch Wäshen entfernen, und nimmt an Schärfe immer mehr zu. Die eigenartige Erscheinung hat bei der abergläubischen Bevölkerung der ländlichen Gegend starke Bewegung hervorgerufen. Auch die Gelehrten sind sich über die Entstehung dieses Phänomens nicht ganz klar. Nachdenkliche Leute versuchen sich die Sache so zu erklären, daß die Fenster Scheibe aus irgend einem Grunde als photographische Platte gewirkt hat, und daß irgendeine starke Lichtwirkung — scharfe Sonne oder ein Blitz das Bild in das Glas hineingebrannt hat.

Sämtliche Insassen einer Zarenanstalt vergiftet.

In der dänischen Zarenanstalt in Middeffart auf Fünen erkrankten nach dem Genuß des Mittagessens sämtliche Insassen und das gesamte Aufsicht- und Personal an Vergiftungserkrankungen. Bei den Erkrankten traten sich schneidende Magenschmerzen und hohes Fieber ein, sodas sie in ärztliche Behandlung genommen werden mußten. Todesfälle sind bisher noch nicht vorgekommen, doch erweisen sich die Krankheiten als auffällig langwierig und hartnäckig. Man nimmt an, daß die Vergiftung von einem zur Erwärmung des Essens benutzten Eisenbehälter herrührt.

Eine Typhusepidemie

in der Kopenhagener „Stadt der Mienen“, einer Kolonie von Greisenhospizern, hat bis jetzt acht Insassen hinweggerafft. Die Erkrankungen sind eine Folge des Genußes verdorbener Speisen. Die Mehrzahl der Greise ist auf das Krankenlager geworden.

Freitod wegen eines Befehlers.

Vor einigen Tagen erhielt ein Soldat eines Infanterie-Regiments in Belgrad einen Brief aus New York, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß sein Onkel gestorben sei und ihm 15 Millionen Dollar vermacht habe. Die Nachricht von der riesigen Erbschaft verbreitete sich sehr rasch und der Soldat traf bereits Vorbereitungen zu einem Fest, das er seinen Kameraden geben wollte. Als ihn der Oberst des Regiments darauf aufmerksam machte, daß in dem Brief nur fünfe, daß ihm der Betrag von 15 Dollar überwießen wird, befiel der Soldat seinen Befehlshaber, kürzte in sein Zimmer, riß sein Gewehr von der Wand und erschoss sich.

Wieder ein Flugzeugunglück in London.

Am Mittwoch stieß in London ein Kampf-Flugzeug mit einem Bomben-Flugzeug zusammen. Die beiden Insassen des Kampf-Flugzeuges wurden getötet, während der Führer des Bomben-Flugzeuges mit seinem schwer beschädigten Apparat zu landen vermochte. Es handelt sich um den siebensten tödlichen Unglücksfall von Fliegern seit Beginn des neuen Jahres.

Zusammenstoß eines Dampfers mit einem Motorboot.

Bei dem Zusammenstoß eines japanischen Motorbootes mit einem amerikanischen Frachtdampfer ertranken in der Nähe von Tokio sämtliche an Bord des Motorbootes befindlichen acht Personen.

Goldsunde auf Island.

In dem Gebiet von Sedisjord im nordöstlichen Island ist das Vorkommen großer Mengen eisener und goldhaltigen Sandes bemerkt worden. Die wissenschaftlichen Untersuchungen in England haben ergeben, daß 24 Prozent Eisen und nicht geringe Bestandteile Gold in dem dortigen Silicat vorhanden sind und daß die Lösung dieser Teile nicht sehr schwierig ist. Ein englischer Ingenieur unternimmt gegenwärtig die Realisierung eines praktischen Abbaues und Transportes. Voraussichtlich wird in Sedisjord ein eigener Hafen angelegt und ein in der Nähe liegender Wasserfall ausgebaut werden, um elektrische Kraft für einen Minenbau zu erlangen.

Esra Hedra in Umanitschi eingetroffen.

Von Dr. Esra Hedra ist am Donnerstag, 15. Februar, ein Telegramm, datiert Umanitschi, den 27. Februar, eingetroffen, worin er mitteilt, daß er mit seiner Expedition am selben Tage in Umanitschi angekommen ist. Die Reise ist bisher sehr glücklich verlaufen und die Mitglieder der Expedition befinden sich wohl. Der Empfang in Sankt Petersburg war äußerst freundlich. Die Expedition hat jetzt 2200 Kilometer zurückgelegt.

